Freitag, 13. Juli 1923. | Einzelnummer 500 Mark. | 62. Jahrgang. Nr. 155.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 9500.— in den Ausgabestellen 9700.— durch Zeitungsboten 10000.— am Postamt ..... 10000.— ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M, Reklameteil 1000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

„Kurjer Warszawski" über die deutsche Presse in Polen.

Im „Kurjer Warszawski" vom 7. Juli (Nr. 186) finden wir unter der Ueberschrift: „Was liest der polnische Deutsche" einen Aufsatz, der in ruhigem, objektivem Ton über die deutsche Presse in Polen spricht, natürlich vom national-polnischen Standpunkt aus. Besonders bemerkenswert ist es, daß der Verfasser auf die Frage, ob man Repressionen gegen die deutsche Presse anwenden solle, die Antwort gibt: Lieber nicht! wobei er auf die Gefahr von Gegenmaßnahmen gegen die polnische Presse in Deutschland hinweist.

„Es ist der Mühe wert", so schreibt der „Kurjer Warszawski", „zuweilen einen Blick hinter die Lebenshecke all der Nachrichten, Rundschauen, Tageblätter und Freien Pressen zu werfen, die in Polen erscheinen, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, wovon die zahlreiche und geschlossene deutsche Gesamtheit, die durch des Schicksals Fügung nach der deutschen Abflut auf der polnischen Sandbank blieben, geistig lebt und womit sie genährt wird. Als die Katastrophe von 1918 kam, existierte in den polnischen Landen eine wohlgenährte abonnentenreiche deutsche Presse. Abgesehen von Organen, die 50 bis 60 000 Abonnenten nachweisen konnten, hatte fast jede Kreisstadt ihr eigenes Blättchen.

Als die bösen polnischen Zeiten kamen, und das deutsche Element mit einer blitzartigen Schnelligkeit zusammenzuschrumpfen begann, ging eine deutsche Zeitung nach der anderen ein. Die Parole zur Umkehr, die vom Ostmarkenverein, der im Deutschtumsbund seine Wiedergeburt feierte, gegeben wurde, hielt den weiteren Untergang der Presse auf. Es vollzog sich ein Prozeß, den man das „Sammeln der Reste in einen Topf" nennen konnte. Eine verständig geführte Hand überwies die Abonnenten eines jeden vor dem Fall stehenden Organs in dessen letzter Nummer einem anderen vorher bestimmten Blatt. Jetzt können wir diesen Prozeß, mit Ausnahme von Schlesien, als beendet ansehen. Im ehemals preußischen Teilgebiet haben wir 48 deutsche Blätter, darunter 17 Tageszeitungen (Wojewodschaft Schlesien 8, Posen 5, Pommerellen 4), 17 Blätter, die mehr als einmal in der Woche erscheinen (Wojewodschaft Posen 8, Pommerellen 5, Schlesien 4), 4 politische Wochenschriften (Wojewodschaft Schlesien 3, Pommerellen 1), eine unpolitische Wochenschrift in der Wojewodschaft Posen, 2 Halbmonatsschriften (Wojewodschaft Schlesien 1, Posen 1), 7 Monatsschriften (Wojewodschaft Posen 6, Schlesien 1) und 7 Handelszeitschriften. Dazu kommen noch 12 verschiedene Blätter und Zeitschriften im übrigen Polen, darunter zwei Tageszeitungen in Lodz. Diese Presse verrät keine Tendenz zum Zusammenbrechen und scheint sehr gut situiert zu sein, was in großem Maße zweifellos der Hilfe von außen zu verdanken ist. Es kann sein, daß die Hilfe infolge der Katastrophe der deutschen Mark jetzt abnehmen wird, aber bisher haben wir eine ständige Festigung der Presse beobachten können. In der letzten Zeit ist sogar **eins der friedfertigsten Blätter** von neuem unter den Einfluß des Deutschtumsbundes gekommen, nämlich die „Posener Neuesten Nachrichten", die ihren Besitzer gewechselt haben, und mit Herrn Loake, einem Publizisten des Deutschtumsbundes, besetzt wurden.

Welches ist der Ton der deutschen Presse? Die Presse ist ja der Spiegel der Seele des Lesers. Was denkt und was wünscht die deutsche Masse? Hier muß gleich von vornherein der Unterschied zwischen der Presse der kulturellen nationalen Minderheit, wie sie die Deutschen bilden, und der Presse der nationalen Minderheiten ohne Tradition, ohne Kultur und ohne politisches Gleichgewicht hervorgehoben werden. Während die **ruthenische und weißrussische** Presse im Fieber des Hasses tobt und ihre zahlreichen Organe (besonders die der ukrainischen Presse) sich in Krämpfen gegenseitiger Beleidigungen und rücksichtsloser Negation winden — ist die deutsche Presse wie ein Mann, der sich einen nicht sehr exponierten, aber sicheren Winkel wählte, seine Habseligkeiten auseinanderpackte und von vornherein nicht nur bestimmte, was er von seinem Winkel aus beginnen müsse, aber auch was er beginnen könne. Aus diesen Reflexionen ging hervor, daß man einen loyalen Ton gegenüber dem Staate anschlagen müsse, daß es am leichtesten sei, mit dem Staate zu kämpfen, wenn man sein Bürger sei. (?) Was man auch von der wirklichen „Loyalität" dieser Bürger halten mag, man muß zugeben, daß der Ton der deutschen Presse in Polen im allgemeinen loyal ist. Nicht selten z. B. wird Polen die „Heimat" genannt (kraj rodzinny), obgleich das Wort Vaterland (ojczyzna) sorgsam für den privaten Gebrauch gehütet wird. Über diese Presse geht von Zeit zu Zeit ein Wehen — so etwas wie eine vom Hauptquartier ausgegebene Parole. Natürlich vor allem die Ruhrbesetzung. Das Ruhrproblem ist überhaupt der Prüfstein geworden, der die Pressewelt nicht nur in Polen in zwei Teile getrennt hat; denn die ganze Presse, die im Dienste der 3. Internationale steht, sieht ihre erste Aufgabe darin, wegen der Ruhrbesetzung Lärm zu schlagen. Lunaczarski hat auf der letzten Tagung ausgeplaudert, daß die Sowjetrepublik in Polen 21 Blätter subsidiert. Nehmen wir ein russisches Blättchen, das in den Grenzmarken herausgegeben wird. Manche unter ihnen verraten großen Schmerz wegen der Ruhrbesetzung. Die Ruhrschmerzen dieser Blätter erscheinen ziemlich überflüssig; es zeigt sich hier die bolschewistische Färbung. **Bei den Deutschen muß man selbstverständlich die Gereiztheit wegen der Ruhrbesetzung als natürlicher anerkennen.** (Dies Geständnis ist recht bemerkenswert. D. Schriftltg.) Sie hat aber zu gereizte Formen angenommen, nämlich die Form der Herabsetzung Frankreichs, das unser Verbündeter ist. Das hat Repressionen von seiten der Behörden hervorgerufen. Das erste und bisher einzige Urteil in dieser Sache fiel in Kattowitz. Das Bezirksgericht verurteilte am 29. Mai einen Redakteur des „Oberschlesischen Kuriers" wegen eines Angriffs auf Frankreich zu 3 Monaten Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe. Das Sammeln von Spenden für den „Widerstandsfonds" wurde durch eine Verwaltungsverordnung verhindert. (Wo? D. Schriftltg.) Die nächste Parole, gegenwärtig die Losung des Tages, ist die: Unser Land (Polen) sinkt in den Abgrund des Finanzbankerotts wegen der Abhängigkeit von Frankreich, das eine Abenteurerpolitik führt. Das nimmt Polen das Vertrauen bedeutender Weltkreise."

Sind Repressalien gegenüber der deutschen Presse angebracht? Man sollte lieber verneinend antworten. Zwar muß in der Tat festgestellt werden, daß die Repressalien in der Richtung der Besänftigung von zu großer Heißblütigkeit erlösend wirken. Das bestätigt wohl Herr v. Behrens von der früheren „Lodzer Freien Presse", die durch Gerichtsurteil suspendiert worden ist. Herr Behrens gibt jetzt ein neues Blatt heraus, das den Titel „Freie Presse" trägt und schon ganz ruhig und ausgeglichen ist. Aber die Presserepressalien sind vielmehr Retorsionen geworden. (Dem widerspricht die Tatsache, daß Dutzende von Presseprozessen und Verurteilungen deutscher Redakteure in Polen stattgefunden haben, ehe ein einziger polnischer Redakteur in Deutschland verurteilt wurde. D. Schriftltg.) Die polnische Regierung hat den polenfressenden „Danziger Neuesten Nachrichten" das Debit in Polen verboten. (Das ist ein Irrtum. Nicht die „Danziger Neuesten Nachrichten", sondern die „Danziger Zeitung" ist in Polen verboten, und zwar schon monatelang. D. Schriftltg.) Die Deutschen suspendierten für zwei Wochen die „Gazeta Olsztyńska". Wegen eines Artikels, in dem über Maßnahmen der Behörden falsch unterrichtet wurde, verurteilte das Gericht einen Redakteur der „Deutschen Rundschau" zu 9 Monaten. Dafür haben die Deutschen einen Artikel ausgegraben (Es sei anläßlich dieses Ausdruckes „odgrzebali" darauf hingewiesen, daß die meisten Prozesse gegen deutsche Schriftleiter wegen „ausgegrabener", d. h. vor vielen Monaten, ja vor mehr als Jahresfrist veröffentlichter Artikel erfolgten. D. Schriftltg.), der im Oktober im „Dziennik Berliński" erschienen und den Titel trug: „Czerezwyczajka niemiecka" (es wurden hier tatsächliche Plagen polnischer Emigranten in Köln geschildert), und verurteilten den verantwortlichen Redakteur des „Dziennik Berliński" ebenfalls zu 9 Monaten Gefängnis. Ohne den Deutschen das Recht der Retorsion auf dem Wege von Verwaltungsanordnungen abzusprechen, müssen wir **den ganzen Zynismus unterstreichen, der in der Heranziehung eines Gerichtes zu einer Praktik dieser Art liegt,** das nicht zögert, durch das Spotturteil den Zusammenhang mit dem Bromberger Prozeß zu unterstreichen. (Was wäre einem deutschen Redakteur geschehen, der in Polen einen Artikel geschrieben hätte mit der überschrift „Die polnische Tscheresswytschaika"? Er hätte sicherlich noch mehr als 9 Monate bekommen. D. Schriftltg.")

Gegenwärtig, so scheint es, sind beide Seiten zu der überzeugung gekommen, daß man diesem Kriege ein Ende machen und anfangen muß zu leben. Ohne Zweifel hat jedoch dieser Krieg seine Früchte gebracht und den Deutschen gezeigt, daß der Stock zwei Enden hat, und daß sogar das polnische Ende besser schlägt, denn es hat ein größeres Objekt vor sich!!"

Der Artikel des „Kurjer Warszawski" wird von uns wegen seines maßvollen Tones, wenigstens soweit es sich um die deutsche Presse in Polen selbst handelt, als ein Zeichen beginnender Einsicht begrüßt. Hauptabsicht des Verfassers dürfte es sein, der polnischen Regierung und den Behörden einen warnenden Wink zu geben, daß bei weiterem Vorgehen gegen die deutsche Presse deutsche Vergeltungsmaßnahmen drohen. Den Satz, daß in der Heranziehung eines Gerichtes zu derartigen Maßregeln ein großer Zynismus liegt, unterstreichen wir gern, sind aber der Meinung, daß das deutsche Gerichtsurteil von diesem Vorwurf nicht getroffen wird. Daß natürlich die Aufmerksamkeit der deutschen Behörden für Pressevergehen geschärft wird, wenn sie von den zahlreichen, oft sehr strengen Strafen hören, die in Polen gegen deutsche Zeitungen verhängt werden, das ist psychologisch wohl selbstverständlich.

Im übrigen, noch einmal sei es gesagt, begrüßen wir die von einem rechtsstehenden Blatte ausgesprochenen Geständnisse, daß der Ton der deutschen Presse loyal ist und daß die Gereiztheit wegen der Ruhrbesetzung erklärlich ist. Wir hoffen, daß der Krieg gegen die deutsche Presse tatsächlich nun eine Ende nimmt, ehe erst von deutscher Seite aus weitere Repressalien gegen die polnische Presse in Deutschland, deren Ton im allgemeinen erheblich weniger loyal ist, als der der deutschen Presse in Polen, erfolgen.

Englische Regierungserklärung in beiden Häusern.

Am Donnerstag, den 12. Juli, sollte im Unterhause durch Baldwin, im Oberhause durch Curzon eine **englische Regierungserklärung** von erheblicher Länge verlesen werden. Die Verlesung sollte etwa eine Stunde beanspruchen. Lord Curzon erwiderte dem französischen Gesandten am Tage vorher auf dessen Anfrage über den Inhalt der Kundgebung, daß der endgültige Text zur Zeit noch nicht festgelegt sei, daß sie aber aus drei Abschnitten bestehen wird. Der erste wird sich mit der Geschichte der Verhandlungen Englands, Frankreichs und Belgiens befassen, der zweite wird die Gründe angeben, aus denen England einen Zusammenbruch Deutschlands vorbeugen möchte, der dritte wird die englische Politik bezüglich der Reparationen klarstellen. Der Form nach wird die Regierungserklärung eine Antwort auf eine Anfrage des Arbeiterführers Ramsey Macdonald sein. Nach Verlesung des englischen Programms durch Baldwin, wird eine kurze Debatte einsetzen, die in der Weise vorgesehen ist, daß Macdonald, Asquith und Lloyd George kurz ihre Zustimmung zur Rede des Premiers ausdrücken.

Dem „Matin" wird von seinem Londoner Korrespondenten mitgeteilt, daß die Donnerstagserklärung völlig aus der Feder Lord Curzons kommen wird. Die „Chikago Tribune" erfährt aus London, daß die Sachverständigen im Foreign office am Mittwoch bis 5 Uhr morgens an der Redaktion der englischen Regierungserklärung gearbeitet hätten.

Eine englische Note an sämtliche Verbündeten.

Es bestätigt sich, so erklärt der „Neuyork Herald", daß kurz vor und unmittelbar nach der Unterhausrede am Donnerstag das englische Kabinett eine Note an sämtliche Verbündeten richten wird, **um ihnen die Abfassung einer Antwort an Deutschland nahezulegen.** Es wird angenommen, daß sowohl Italien wie Japan der englischen Absicht stattgeben werden. Belgien dagegen wird Frankreich, das bei seiner Weigerung verharrt, nach wie vor Gesellschaft leisten. Der Londoner Korrespondent der „Chikago Tribune" will bestimmt erklären können, Großbritannien werde die Initiative ergreifen und die alliierten und neutralen Mächte auffordern, Delegierte zu einem **Kongreß** zu entsenden, **der die Lage Deutschlands erwägen und die Entschädigungsansprüche** festsetzen solle. Frankreich werde zur Teilnahme aufgefordert, und wenn es ablehne, werde der Kongreß **trotzdem stattfinden.** Man hoffe indes, daß die Franzosen die Teilnahme an der Konferenz einer vollständigen Isolierung vorziehen würden. Nach dem gegenwärtigen Plan würden die **Vereinigten Staaten** aufgefordert, einen **Vorsitzenden** zu ernennen. Sollte die amerikanische Regierung ihre Teilnahme ablehnen, so würden die Mächte vielleicht **einen hervorragenden Juristen** mit dem Vorsitz betrauen. In diesem Zusammenhang würden die obersten Richter der Vereinigten Staaten **Taft** und **Elihu Root** genannt. Es werde erwartet, daß **Italien und die Kleine Entente** (!) sich dem Vorgehen anschließen.

Frankreich beginnt zu schwanken.

Der „Matin" schreibt im Hinblick auf die Einberufung des internationalen Sachverständigenkongresses: „Unter gewissen Umständen hat Frankreich bereits die Möglichkeit ins Auge gefaßt, einer mit der Reparationskommission in ehrlicher Beziehung stehenden Versammlung zur Ausarbeitung eines Reparationsplanes zuzustimmen. Das war vergangenen Herbst, da Herr Jouvenel eine besondere Resolution einbrachte, die von dem Völkerbund ausgebaut werden sollte. Diese Resolution wurde von Poincaré gutgeheißen und dann vom Rat des Völkerbundes gebilligt. Dem „Echo de Paris" wird aus London mitgeteilt, daß Baldwin am Donnerstag in seiner Erklärung wahrscheinlich Frankreich einladen wird, grundsätzlich dem Gedanken einer **internationalen Sachverständigenkommission,** deren Ernennung vom Völkerbund vorgenommen würde, beizutreten. Gleichzeitig wird besagte Erklärung wahrscheinlich auf die **praktische Seite** des deutschen **Problems im Hinblick auf die bestehenden Verhältnisse im Rheinland und im Ruhrgebiet** Bezug nehmen.

Gegen einen „neuen Krieg".

„Humanité" bringt nachstehendes Londoner Telegramm: Man erwartet hier mit Ungeduld die Erklärung Baldwins im Unterhause. In Regierungskreisen bemüht man sich den Ernst der Lage zu verringern. (Vgl. Ende Juli und Anfang August 1914. D. Schriftltg.) Der internationale Ausschuß der **Trade-Union** und der **Arbeiterpartei** wird am Freitag zusammentreten, um die Situation nach der Unterhauserklärung Baldwins gemeinsam zu prüfen. Eine Resolution zugunsten einer **Revision des Versailler Vertrages** sowie einer solchen mit Bezug auf die **Zahlungsunfähigkeit Deutschlands** wird dem Kongreß des Transportarbeiterverbandes vorgelegt werden. In englischen Arbeiterkreisen verfolgt man mit voller Sorge die Entwicklung der englisch-französischen Politik und erblickt darin eine **Kriegsgefahr zwischen beiden Ländern.** Die englisch-französischen Beziehungen seien heutzutage fast schlimmer, als die englisch-deutschen Beziehungen vor dem Kriege. Robert William, Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes, erklärte, **daß ein Krieg mit Frankreich jetzt leichter möglich sei, als ein Krieg mit Deutschland im Jahre 1911.** Der Generalsekretär des Nationalverbandes der Landarbeiter betonte seinerseits, daß die Vereinigung der Arbeiterklasse das einzige Mittel sei, den Krieg zu verhindern. Es sei die höchste Zeit, die englischen Arbeiter gegen die Möglichkeit eines neuen Krieges mobil zu machen. (Damit führen die englischen Arbeiter ihre eigene Politik ad absurdum. Denn gegenüber dem französischen Militarismus und Imperialismus, den die englischen Arbeiter doch so heftig bekämpfen, hilft eben schließlich nur der Appell an die Waffen. Die politische Unfähigkeit des Pazifismus zeigt sich in dieser widerspruchsvollen Haltung aufs deutlichste. D. Schriftltg.)

Neue Liquidierungen.

Der Posener Liquidationsausschuß hat für die Enteignung vorgemerkt:

1. Gut Laski mit Nebengütern, Kreis Kempen, Umfang 2669 Hektar, Besitzer Konrad von Loesch.

2. Gut Grätz mit Nebengütern, Kreis Grätz, Umfang 1838 Hektar (1913 Bes. Frau Mathilde Heyder, geb. Beyme).

3. Rittergut Zdrój, Kreis Grätz, Umfang 231 Hektar, (1913 Bes. Kurt von Zimmermann).

4. Lasówko, Kreis Grätz, Umfang 2257 Hektar (1913 Bes. Frau Mathilde Heyder),

5. 37 Aktien der Zuckerfabrik in Opalenica, Nominalwert à 1000 M., Bes. Kurt von Zimmermann und Frau.

Uebernahme von Gütern in Staatsbesitz.

Das Posener Liquidationskomitee hat am 4. Juli folgendes beschlossen: In **Staatsbesitz** werden folgende Güter übernommen und dem **Fiskus** überwiesen: **Landgut Starzyński Dwór,** eingeschrieben im Grundbuch der Gemeinde Starzyno, Kreis Putzig, Band 23 I, Blatt 326, und **Landgut Redyszewo,** eingeschrieben im Grundbuch der Gemeinde Redyszewo, Kreis Putzig, Band 1, Blatt 10 C, Bes. Gerhard Behrend v. Graß, mit den zugehörigen Gebäuden, dem toten und lebenden Inventar, allen Vorräten und Teilen der eingeschriebenen Grundstücks-Hypotheken, mit Ausnahme der beweglichen Hauseinrichtung. Die Entschädigungssumme wird für das Gut Starzyński Dwór auf 743 670 500, für das Gut Redyszewo auf 2 206 632 705 M. festgesetzt. Von der Entschädigungssumme werden eine Reihe von Sachwerten (Hypotheken) in Abzug gebracht.

Die Rigaer Konferenz.

Rigaer Blätter veröffentlichen eine Unterredung mit Vizeminister Straßburger, der erklärte, daß Polen unabhängig von dem Verhältnis zur Kleinen Entente seinen Standpunkt gegenüber den baltischen Staaten keineswegs geändert habe. Der Vizeminister betonte dann, daß die Rigaer Konferenz der Außenminister, ebenso wie die vorhergehende Konferenz, die gegenseitige Annäherung der an ihr teilnehmenden Staaten, die Festigung des Friedens und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens bezwecke. In der nächsten Zeit drohe der Selbständigkeit der baltischen Staaten von keiner Seite her eine Gefahr. Dieser Umstand dürfe jedoch nicht davor zurückhalten, ein Schutz- und Trutzbündnis abzuschließen, um eine Störung des Friedens unmöglich zu machen.

Aus den Sejmkommissionen.

(Vom Warschauer Sonderberichterstatter des „Pos. Tagebl.“).

In der Finanzkommission des Sejm ereignete sich eine Sensation. Schon in der letzten Sitzung war der neue Finanzminister Linde von einer Menge von Fragen bestürmt worden, auf die er die Antwort nicht fand, und der Eindruck war der, daß der neue Minister der Lage nicht gewachsen war. Daher auch die Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt. Von Tag zu Tag wurde nun der Zusammentritt der Kommission verzögert und als sie sich endlich zu einer Sitzung zusammenfand — **fehlte der Finanzminister!** Ihn vertrat der Vizeminister Makowski, der zur allgemeinen Überraschung im Namen des Ministers erklärte, daß die Regierung das vom vorigen Finanzminister Grabski ausgearbeitete **Projekt der Vermögenssteuer zurückziehe.** Er begründete das damit, daß überhaupt die Steuerprojekte einer radikalen Änderung unterzogen werden sollen. Es entspann sich sofort eine äußerst scharf geführte Diskussion, an der vor allem die Abgeordneten der Nationalen Arbeiterpartei und der Sozialisten sich beteiligten. Sie warfen der Regierung vor, sie wolle lediglich das Kapital, das sich von der Steuer drücken wolle (es handelt sich bekanntlich um eine Progressivsteuer), schützen. Es wurde behauptet, die Regierung wolle das Gesetz einfach kassieren und überhaupt ein anderes nicht an seine Stelle setzen. Die Vertreter der Regierungsmehrheit suchten den Eindruck der Mitteilungen des Regierungsvertreters abzuschwächen, aber nicht gerade mit großem Geschick, indem sie erklärten, es handle sich nur darum, mit einem neuen Entwurf die Menge der Steuerzahler zu vergrößern. Die Sitzung wurde hierauf sehr stürmisch. Hier ließ sich der Nationaldemokrat Wierzbicki zu der auffallenden Bemerken hinreißen, **die Linke benutze das Material der Zusammenkunft von Spala lediglich, um die Regierung anzugreifen** (!). (In Spala versammelten sich beim Staatspräsidenten unter anderem der Finanzminister Linde und der frühere Finanzminister Jastrzębski, es scheint also, daß dort nicht besonders erfreuliches Material zu Tage trat).

Schließlich wurden drei Resolutionen vorgelegt. 1. Moraczewski (nationale Arbeiterpartei): Die Kommission nimmt die Erklärung der Regierung nicht zur Kenntnis und tritt sofort in die Beratung des alten Projektes ein.

2. Diamand (Sozialist): Der Minister wird aufgefordert zu erscheinen, um die finanzielle Lage zu erläutern.

3. Kowalczuk (Piast): Die Kommission geht über die Frage der Vermögenssteuer zur Tagesordnung über und bespricht andere Steuern, wie die Kommunalsteuer etc. Die Anträge 1 und 2 werden mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt, der Antrag 3 mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen. Aus dem ganzen Vorgang zeigt sich, wie scharf die Gegensätze sich zuspitzen.

Die Budgetkommission verhandelte in vertraulicher Sitzung, da man über die polnische Luftflotte sprach, die, wie wir hören, ebenfalls vergrößert werden soll.

In der **Kommission für Arbeiterschutz** wurde das Projekt der Regierung zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit behandelt. Sozialisten und nationale Arbeiterpartei tadelten lebhaft, daß nur die Arbeiter für die Kosten des Gesetzes herangezogen werden sollen, denen 1 Prozent des Lohnes zurückbehalten werden soll, und daß die Arbeiter bei der Verwaltung der Gelder, die durch Kommissionen aus Vertretern der Gemeinden, der Arbeitgeber usw. bestehen, nur einen geringen Anteil hätten. Arbeiter mit Familie sollen 40 Proz. des Lohnes bei Arbeitslosigkeit erhalten, alleinstehende nur 20 Proz., auch seien die Einschränkungen für die Unterstützungsberechtigten zu groß. Die Sozialisten und die nationale Arbeiterpartei stellte deshalb den Antrag, das Gesetz überhaupt nicht zur Grundlage der Diskussion zu machen und eine Unterkommission mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes zu beauftragen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt und es wurde in die Spezialdebatte eingetreten. In Polen besteht bekanntlich ein Gesetz zur Krankenversicherung, jedoch ist die Organisation der Krankenkassen in Kongreßpolen noch nicht vollendet. Ferner wurde früher bereits ein Entwurf angenommen, wonach vorläufig die in den ehemals österreichischen Landesteilen geltenden Bestimmungen zur Versicherung gegen Unglücksfälle auf Kongreßpolen ausgedehnt werden. Ein einheitliches Gesetz für ganz Polen ist hierfür in Vorbereitung.

Der **Haushaltsausschuß** des Sejm besprach in seiner Mittwochsitzung im weiteren Verlauf das Budget des Kriegsministeriums. Die Beratungen waren den Positionen „Sanitätswesen“ und „Veterinärwesen“ gewidmet. In der heutigen Sitzung soll der Gesetzentwurf über die Besoldung der Staatsfunktionäre erörtert werden.

Polen und Danzig.

Sieg oder Niederlage? — Die Verträge bleiben gültig. — Die Befugnisse des Hohen Kommissars. — Seydas wankende Stellung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Es ist eine auffallende und gewiß nicht alltägliche Erscheinung, daß bis heute, also sieben Tage nach der Genfer Entscheidung, die polnischen amtlichen Kreise es noch nicht gewagt haben, dem Publikum den Wortlaut der Verfügungen des Völkerbundsrates mitzuteilen. Das amtliche Telegraphenbureau Pat. gibt lediglich Auszüge, und die Presse der Rechten, voran die „Rzeczpospolita“, beeilt sich, von einem großen Siege der polnischen Diplomatie zu sprechen. Die Presse der Linken aber, namentlich der „Kurjer Poranny“, nennt diesen „Erfolg“ ohne weiteres eine polnische Niederlage, und so weiß das polnische Publikum in Wahrheit wirklich nicht, welches von beiden Lagern nun die Wahrheit für sich in Anspruch nehmen kann. Wir wissen heute, daß die Linke die richtige Darstellung gibt, die von der Presse der Rechten mit unvergleichlichem Hohne aufgenommen wird. Dieses Schauspiel erklärt sich einfach daraus, daß auch hier wieder die Politik des Herrn Seyda eine empfindliche Niederlage erlitten hat, deren Ursprung allerdings bereits in die Regierung des Herrn Sikorski hineinreicht. Diesmal jedoch ist die Presse der Rechten, und vor allen Dingen die „Rzeczpospolita“, persönlich engagiert. Ihr Leiter, der mehr temperamentvolle als diplomatisch erfahrene Herr Stroński, wird von Eingeweihten direkt als Ratgeber des Ministers Seyda bezeichnet. Wahr ist es, daß Herr Stroński es gewesen ist, der in letzter Zeit die Resolutionen der Rechten bezüglich der Forderungen gegen Danzig aufgestellt hat, die zunächst in den Kommissionen und dann vom Sejm auch angenommen wurden. Es ist also ganz natürlich, daß sein Blatt sich hüten wird, den eklatanten Mißerfolg seiner Politik zuzugeben. Zur Beurteilung der Wahrheit ist es für den Nichteingeweihten schon von Interesse, festzustellen, wie sehr sich die Forderungen Polens nun ermäßigt haben, wenn man sie nach den Berichten der „Rzeczpospolita“ heute zusammenstellt.

Der Wunsch Polens, der vor der Tagung des Völkerbundsrates doch klar und deutlich von Herrn Seyda sowohl wie von Herrn Pluciński zu wiederholten Malen dargelegt wurde, ging doch dahin, die Befugnisse des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig nach Möglichkeit einzuschränken. Ferner wurde vor allem von Herrn Pluciński zielbewußt auf eine Revision der Verträge Polens mit der Freien Stadt Danzig, also des Vertrages vom Oktober 1921 und der Pariser Konvention vom November 1920 hingearbeitet. Man erinnert sich, daß Herr Pluciński selbst von einer Kündigung der Verträge sprach, oder sie doch wenigstens in den Bereich der Möglichkeiten zog. Der Spruch der Tagung hat nun ausdrücklich **die Verträge bestätigt** und **die Befugnisse des Hohen Kommissars unangetastet gelassen.** Und alle weiteren Streitfragen werden nach wie vor durch Verhandlungen geregelt. In den Berichten der polnischen Presse ist von diesen Hauptforderungen nicht mehr die Rede, was als ein günstiges Zeichen für die Möglichkeit der Regelung der verbleibenden Divergenzen angesehen werden kann. Es verdient allerdings Beachtung, daß vereinzelt ein nationalistisches Blatt die Kündigung der Pariser Konvention verlangt. Wie dies geschehen soll, ist unklar. Die Konvention ist als Ausbauergebnis des Versailler Vertrages entstanden und, wie dieser, ohne Zustimmung der am Versailler Vertrag beteiligten Mächte einfach **nicht aufhebbar.** Daß aber in dieser Frage Polen nur sehr geringe Unterstützung bei den in Frage kommenden Mächten, außer bei Frankreich, findet, hat doch gerade die Tagung des Völkerbundes zur Genüge bewiesen.

Nach den Mitteilungen des amtlichen polnischen Telegraphenbureaus bestehen die Erfolge der polnischen Diplomatie darin, daß der Völkerbundsrat erkannte:

1. daß der Versailler Vertrag die Rechtsquelle für die Beziehungen Polens zu Danzig zu sein hat, daß die Pariser Konvention nur eine Weiterentwicklung dieses Vertrages ist, ihn aber nicht beseitigt, und im Zweifelsfalle der Versailler Vertrag entscheidet;

2. daß der Hohe Kommissar sich nicht auf Kosten der Souveränität Polens in dessen innere Angelegenheiten einmischen darf;

3. daß prinzipiell eine Revision der Angelegenheit des Hafenrates, des Zollwesens und der Rechte der polnischen Bürger in Danzig zulässig sei, daß also in dieser Sache Verhandlungen zwischen der Freien Stadt und Polen, also in Genf zwischen Herrn Sahm und Herrn Pluciński unter Beteiligung des Sekretärs des Völkerbundes beginnen sollen. Wie aber dieser Sekretär, Sir Eric Drummond, denkt, haben die Danziger bereits aus seinem eigenen Munde auf dem Bankett erfahren, das zu Ehren Sir Erics in Danzig gegeben worden ist. Worin also, so fragen wir uns, besteht der große Sieg der polnischen Diplomatie? Wir begreifen aber recht gut, daß die Amtsführung des Herrn Seyda bereits derart von Mißerfolgen begleitet gewesen ist (wir erinnern nur an den Zusammenbruch seiner Bestrebungen, die Kleine Entente durch den Zutritt Polens als Einkreisungsmittel gegen Deutschland auszubauen), daß ein neuer Mißerfolg höchst fatal für ihn wie für die ohnehin auf sehr schwanker Grundlage stehende Regierung werden könnte. Inzwischen aber kommen die Ferien, und man kann immerhin hoffen, daß bis zu deren Abschluß niemand so grausam sein wird, eine Regierungskrise herbeizuführen.

Die Entscheidungen des polnisch-deutschen Schiedsgerichts in Genf.

In Nr. 145 des „Pos. Tageblattes“ hatten wir bereits kurz über einige Entscheidungen des gemischten Polnisch-Deutschen Schiedsgerichts in Genf berichtet. Wir bringen jetzt einen genaueren Bericht über diese Entscheidungen:

Am 5. Mai wurde in Genf die erste Sitzungsperiode des gemischten polnisch-deutschen Schiedsgerichts eröffnet, die bis zum 12. Mai dauerte, worauf die Mitglieder zu einer weiteren Beratung zusammentraten, die zehn Tage in Anspruch nahm. Den Vorsitz führte Prof. Paul Moriaud-Genf, Polen war durch Professor Jan Namitkiewicz, Deutschland durch Dr. Franz Scholz vom Obersten Finanzgerichtshof des Deutschen Reiches vertreten. Als Anwalt der Republik Polen trat der Geschäftsführer der polnischen Regierung beim Genfer Schiedsgericht, Dr. T. Sobolewski, auf.

Zur Verhandlung standen drei Gruppen von **Liquidationsangelegenheiten** sowie die Angelegenheit Büchel betr. **Beschlagnahme von Münzgeld.** In allen diesen Fällen war der polnische Staat der Beklagte.

Die wichtigste Angelegenheit bildeten die Ansprüche der Herren **v. Tiedemann, v. Skrbensky, v. Günther, v. Graß, v. Schenk, v. Boddien und Vogt** auf Sistierung des über ihre Besitzungen verhängten Liquidationsverfahrens mit der Begründung, daß sie sich für polnische und nicht für deutsche Staatsangehörige betrachteten, daß eine Liquidation ihrer Besitztümer somit ungesetzlich sei. Im Laufe der Verhandlung, die drei Tage in Anspruch nahm, wurde seitens der Kläger, die durch Prof. Erich Kaufmann-Bonn und Rechtsanwalt Udo Rukser-Berlin vertreten waren, außerdem der Antrag gestellt, dem polnischen Staate alle zur Liquidierung ihres Besitztums führenden Schritte zu verbieten, neutrale Sachverständige zur Abschätzung ihrer Besitzungen heranzuziehen, die Beschlagnahme derselben zu untersagen, schließlich die polnische Regierung zu veranlassen, eine entsprechende Kaution zwecks Entschädigungen für eventuelle Verluste zu stellen usw. Nach dreitägigen Beratungen fällte das Schiedsgericht seinen Schiedsspruch und gab danach die Beweggründe des Urteils kund. Die Ansprüche der Kläger werden sämtlich abgewiesen aus der Erwägung heraus, daß dem polnischen Staate das Recht zustehe, Liquidationen nach freiem Ermessen durchzuführen, **daß das Schiedsgericht für Liquidationsangelegenheiten nicht zuständig,** sondern lediglich berechtigt sei, den deutschen Liquidierten eine angemessene Entschädigung nur in den Fällen zuzuerkennen, die im Versailler Vertrag vorgesehen sind, das heißt nur dann, wenn die Maßnahmen der polnischen Regierung über das übliche Maß hinausgehen und den Ertrag der Liquidation ungünstig beeinflussen sollten. In der Begründung des Schiedsspruchs, der die unbegründeten Ansprüche der Kläger zurückweist, fand sich u. a. nachstehender Absatz: Die Ansprüche der Kläger entspringen zweifellos einerseits einer mangelnden Kenntnis der polnischen Gesetze und Verordnungen in Liquidationsangelegenheiten, andererseits aber dem Umstand, daß die Kläger der polnischen Regierung gegenüber eine hyperkritische Haltung einnehmen, die das Schiedsgericht nicht teilen darf.

Die zweite Gruppe von Angelegenheiten bildeten die Anträge von Radatz und 78 anderen kleineren Grundbesitzern aus Großpolen, die als deutsche Staatsangehörige im Sinne der Bestimmungen des Versailler Vertrages liquidiert worden waren und die nunmehr eine Abschätzung ihrer durch Einziehung zugunsten der polnischen Staates der Liquidation verfallenen Besitztümer durch das Schiedsgericht zu bestimmende Sachverständige fordern, da sie durch die seitens der polnischen Regierung bewirkte Abschätzung benachteiligt worden seien. Auch diese Forderungen wies das Schiedsgericht ab mit der Begründung, daß es nicht berechtigt sei, in ein Liquidationsverfahren einzugreifen, das die polnische Regierung ihren gesetzlichen Bestimmungen gemäß rechtmäßig durchführt, sowie **daß eine derartige Abschätzung auch dann sich erübrigen würde, falls die Kläger durch die Liquidierung ihres Besitzes tatsächlich benachteiligt und dieserhalb beim Schiedsgericht vorstellig geworden wären.**

Die dritte Angelegenheit bildete der Antrag des Herrn **Büchel** auf Rückerstattung der ihm gelegentlich seiner Durchreise nach Deutschland auf Grund der Verordnung vom 4. Februar 1919, die eine Ausfuhr von Münzen aus Edelmetall nach dem Auslande verbietet, beschlagnahmten 50 Mark in Gold und 409 Mark in Silber. Das Schiedsgericht gelangte zu der Überzeugung, daß es im vorliegenden Falle nicht zuständig sei, da die Beschlagnahme auf Grund einer ordentlichen, mit strafgesetzlicher Bestimmung versehenen Verordnung zu Recht erfolgt sei. Der Behauptung Büchels, er sei Optant und demzufolge gemäß Artikel 91 des Versailler Vertrages berechtigt gewesen, seinen beweglichen Besitz auszuführen, hielt das Schiedsgericht in der Begründung seines Urteils entgegen, daß Artikel 91 des Versailler Vertrages, der vor allem die Bedingungen festlegt, unter denen die ehemals deutschen Staatsangehörigen aus dem ehemals preußischen Teilgebiet die polnische Staatsangehörigkeit rechtmäßig erwerben können, nicht in den Bereich der Zuständigkeit des Schiedsgerichts fällt.

Schließlich wurde in der letzten Angelegenheit, dem Antrage des deutschen Staatsangehörigen Egbert Mayessen, den polnischen Staat zur Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 1½ Millionen Goldfrancs zu veranlassen, der Beschluß gefaßt, ein **Sachverständigen-Gutachten** darüber einzuholen, ob der Kläger, falls er sein Besitztum längere Zeit hindurch und an alle polnischen Staatsangehörigen ohne Unterschied hätte verkaufen können, einen höheren Betrag in polnischer oder in deutscher Mark erzielt hätte. Überdies bemerkte das Schiedsgericht, **daß die Sachverständigen bei Feststellung etwaiger Verluste das Verhältnis von Papier- zu Goldmark berücksichtigen sollten.**

Zur Agrarreform.

Der „Kurjer Polski“ veröffentlicht eine **Unterredung mit dem Führer der Christl.-Demokraten,** also der Partei, die zusammen mit dem Nationalen Volksverband den Landreformvertrag mit Witos unterzeichnet hat, Chaciński, über den **Agrarvertrag.** Der Abgeordnete Chaciński sagte in der Unterredung folgendes: Die Agrarreform darf weder vom politischen noch vom Parteistandpunkt aus erledigt werden. Sie ist eine soziale und wirtschaftliche Frage von ungeheurer Bedeutung, die nicht zum Spielball unter den Parteien werden darf. Die soziale und wirtschaftliche Struktur unserer Dörfer muß verbessert werden. Nach unserer Meinung müßten Bauernwirtschaften entstehen, die zu einer selbständigen Existenz fähig sind. Die Verwirklichung dieser Pläne kann wahre Wirtschaftskraft und ein festes Staatsfundament schaffen. Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß das Problem sehr vorsichtig gelöst werden muß, damit nicht in das wichtigste Gebiet der Landesproduktion Verwirrung und Unsicherheit getragen wird, die in letzter Zeit ohnehin schon genug unsere Wirtschaftslage verschlechtern. Der Prozeß der Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Übergang in die Hände von Kleinbesitzern ist ein natürlicher Prozeß, nur daß der Staat ihn in den entsprechenden Rahmen fassen muß. Alle Verfügungen und Gesetze, die diesen natürlichen Prozeß hemmen, beschleunigen die Lösung des Agrarproblems ganz gewiß nicht.

Was die Stellung des Agrarpaktes zu den Dienstleuten betrifft, so steht der Klub der Christlichen Demokratie auf dem Standpunkt, daß sie durch den Vertrag nicht ihre Arbeitsstätte verlieren dürfen. Die Partei wird also dafür Sorge tragen, daß bei der Durchführung der Aufteilung die Interessen der Dienstleute entsprechende Berücksichtigung finden. Dazu bedarf es angemessener Kredite. Wenn man bedenkt, daß der Landpreis nicht hoch ist, und bei der Realisierung des Agrarpaktes (besonders beim Auskauf) noch niedriger wird (Bardeckung wird nur zu einem bestimmten Teile verlangt, während der große Rest in Pfandbriefen gezahlt werden soll), dann kann man nicht annehmen, daß das Haupthindernis für den Landerwerb der Preis sein sollte. Hier geht es nur um den guten Willen derjenigen, die den Agrarpakt durchführen werden. Bisher habe **ich keinen Grund dazu, an diesem guten Willen zu zweifeln.** Jedenfalls werden wir eine Übergehung der Interessen der Dienstleute nicht zulassen. Soviel von den Landarbeitern.

Was die Landwirte betrifft, so muß man ehrlich und unparteiisch sagen, daß sie große Opfer werden zu bringen haben. Ob sie sich dazu verstehen werden, ist ihre Sache. Ich nehme jedoch an, daß sie im Verständnis für das Staatsinteresse und die Zukunft des Landes vor Opfern nicht zurückschrecken werden, selbst wenn sie etwas groß sein sollten. Meinen Standpunkt gegenüber der Möglichkeit der Aufteilung von 400000 Morgen jährlich will ich nicht auseinandersetzen, da die Zukunft uns sagen wird, ob 400 000 eine zu hohe Ziffer ist. Zum Schluß will ich feststellen, daß wir gegen die Landanhäufung durch den Staat sind und deshalb sorgfältig darauf **achten werden, daß das vom Staat gekaufte Land sofort den** neuen Parzellanten übertragen wird.

Republik Polen.

Außerordentliche Befugnisse des „Sparkommissars“.

Der Ministerpräsident hat an alle Minister ein Rundschreiben gerichtet, in dem er unter Berufung auf die Verfügung des Ministerrates vom 23. März über die Einsetzung eines außerordentlichen Sparkommissars auf die Notwendigkeit hinweist, diesem Kommissar weitgehendste Erleichterungen zu gewähren. **Der Sparkommissar müsse zu jedem Minister ohne Verzug zugelassen werden und jede Aufklärung fordern können.**

Neue Finanzkonferenz unter Ausschluß der Linken.

Am Mittwoch fand im Finanzministerium eine Konferenz der Mitglieder des Finanzausschusses statt, die zu den Mehrheitsparteien gehören. Die Konferenz soll informatorischen Charakter gehabt haben.

Der Verfasser des polenfeindlichen Artikels im „Czeskie Słowo“.

Nach dem „Kurjer Czerwony“ ist der Verfasser des polenfeindlichen Artikels im „Czeskie Słowo“ der tschechische Gesandte in Warschau, Herr Max. Max ist dieser Tage von Warschau abgereist, was die polnischen Blätter als Abberufung in Folge des Protestes Seydas gegen den Artikel im „Cz. Sł.“ auffassen. Anderseits wird, anscheinend in tendenziöser Absicht, berichtet, daß der tschechische Gesandte geistesgestört sei, was aus seinem auffälligen Benehmen während einer Aufführung im „Theater Vaudeville“ in Warschau gefolgert wird.

Gesetz für Waldschutz.

Das Landwirtschaftsministerium ist mit der Ausarbeitung von Projekten für die Novellen zu den geltenden Teilgebietsgesetzen über den Forstschutz beschäftigt. Genehmigungen für die Waldrodung werden nur in Fällen genügender Garantien erteilt werden, die dahin gehen sollen, daß die gerodeten Gebiete rationell beforstet werden.

Anerkennung von Mandaten.

Der oberste Gerichtshof in Warschau hat die Mandate des weißrussischen Abg. Owsiany und des ukrainischen Senators Markowicz anerkannt.

Gesetz über ein „Verdienstkreuz“.

Das Gesetz vom 23. Juni über die Einsetzung des Verdienstkreuzes zur Auszeichnung von Personen, die sich seit der Entstehung des polnischen Staates um den Staat oder dessen Bürger außerordentlich verdient gemacht haben, ist dieser Tage veröffentlicht worden.

Für die rückkehrenden polnischen Arbeiter.

Im Sinne des Kattowitzer Sejmbeschlusses, der 12 Milliarden Mark für die aus Deutschland zurückkehrenden Arbeiter bestimmt, hat sich in Kattowitz ein Wojewodschaftskomitee für Rückwanderungsfragen mit dem Wojewoden Szultis an der Spitze gebildet, zu dem auch der Sejmmarschall Wolny gehört. Das Komitee wird dem Posener Komitee, das im Sinne des Regierungswunsches die Funktionen eines Zentralkomitees ausüben wird, unterstehen. Bisher sollen sich 8000 Oberschlesier aus dem Ruhrgebiet zur Heimkehr angemeldet haben. Das Komitee wird u. a. für die vorläufige Unterbringung in Baracken sorgen.

Die Ehrensache Piłsudski-Szeptycki.

In einigen Blättern ist ein amtliches Kommunikat folgenden Inhalts veröffentlicht worden: Der Staatspräsident hat als oberster Heerführer die Ehrensache zwischen Piłsudski und Minister Szeptycki entschieden und weitere Schritte in dieser Angelegenheit untersagt.

Trampczyński auf Urlaub.

Senatsmarschall Trampczyński hat am Mittwoch seinen Urlaub **angetreten, der bis Anfang August dauern wird.**

Aus der polnischen Presse.

Nationalismus der P. P. S.

Der Vorstand der P. P. S. in Deutschland hat der **Kattowitzer** „Gazeta Robotnicza“ (Nr. 145 vom 8. 7.) zufolge gelegentlich des Erscheinens der Nr. 1 des Blattes „Proletarjusz“ einen Aufruf an die polnischen Arbeiter erlassen, der u. a. folgendes besagt:

Genossen! Arbeiter! Das Urteil der **kapitalistischen Schacherer in Genf** hat einen großen Teil des oberschlesischen Gebiets beim Deutschen Reiche belassen. Dadurch ist eine riesige Schar polnischer Arbeiter von neuem **unsern bisherigen Peinigern zur Ausbeutung und Bedrückung preisgegeben worden.** (Daß die Ausbeutung in Polnisch-Oberschlesien unter französischen Kapitalisten weit schlimmer ist, wird wider besseres Wissen verschwiegen. D. Schriftl.) Über 600 000 Polen in Oberschlesien, darunter die überwiegende Zahl der Arbeiter, verbleiben weiter unter dem preußischen Joche. Und wir werden von neuem gegen den Hakatismus aller Art ankämpfen müssen. Von neuem werden uns unsere Gegner, das Kapital, der Weihwedel und der Landjäger und jetzt die bezahlten Orgeschleute mit ihren Methoden beglücken, die uns doch so gut bekannt sind und die wir am eigenen Leibe empfunden haben . . . Wieder werden wir Bürger im Deutschen Reiche, sicherlich **Bürger zweiter Klasse.** Wir werden unseren Kampf loyal führen. Als Waffe werden uns unsere Organisation und das Programm der polnischen sozialistischen Partei dienen. Wir sind nicht ganz so vereinsamt, wie es vor dem Kriege der Fall war. Ist doch in Polen und im polnischen Teile Oberschlesiens eine starke polnische sozialistische Partei da, die in der sozialistischen Welt protestieren wird, falls man uns beschimpfen wollte. Wir entfalten also von neuem unsere Fahne, die für unsere Feinde dereinst ein Gewissensbiß werden wird.

Das wichtigste Postulat in diesem Augenblick wird die Forderung unserer Rechte sein. Unsere Minderheitsrechte müssen sichergestellt werden, so wie Polen sie den Deutschen in Polen sicherstellt. Wir fordern, daß die polnische Sprache im Schulwesen, im Gerichtswesen und bei den übrigen Behörden gleichberechtigt werde. Wir fordern gleiche Rechte für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Nationalität.

Daher hat der Parteitag der P. P. S. in Deutschland am 10. 6. d. Js. zu Beuthen beschlossen, eine eigene Zeitung unter dem Titel „Proletarjusz“ herauszugeben, und heut geben wir die erste Nummer dieses Blattes heraus. Wir appellieren also an alle Genossen, die Verbreitung dieser Zeitung, die ein Wegweiser für alle polnischen Proletarier in Deutschland sein soll, tatkräftig in die Hand zu nehmen. Wir appellieren auch an die Genossen in Polen aus dem polnischen Teile Oberschlesiens, uns sowohl moralisch wie materiell zu unterstützen . . .

Auf also ans Werk! Weg mit aller Ungerechtigkeit! Es lebe der Sozialismus!

(Derartige Hetzereien, zum Teil auf nationalistischer Grundlage, nehmen sich recht eigenartig aus im Munde der angeblich auch internationalen polnischen Sozialdemokratie. D. Schriftl.)

Guter Wille — auf beiden Seiten.

„Am 30. Juni überreichte — so schreibt der „Dziennik Berlinski“ (Nr. 149) — dem Herrn Reichspräsidenten Ebert der neue Gesandte der polnischen Republik in Berlin, Herr Minister Kasimir Olszowski, seine Beglaubigungsschreiben. Bei zwischen zwei Staaten bestehenden normalen Beziehungen hat eine solche Tatsache in der Regel keine besonders wesentliche Bedeutung. Die Worte, die bei einer solchen Gelegenheit der neuernannte Gesandte und das Oberhaupt des Staates, bei dem er akkreditiert ist, wechseln, sind häufig nur ein Ausdruck diplomatischer Konvenienz und Schablone.

Ganz anders verhält sich die Sache bei den gegenwärtigen polnisch-deutschen Beziehungen. Diese Beziehungen sind — man muß das offen sagen — nicht nur nicht normal, sondern in den letzten Zeiten geradezu gespannt. Eben darum kann man sowohl die Tatsache der Ernennung des neuen Gesandten der polnischen Republik, als auch die Worte, die von beiden Seiten anläßlich der Überreichung seiner Beglaubigungsschreiben gefallen sind, nicht als gewöhnliches diplomatisches Zeremoniell ohne tiefere Bedeutung behandeln.

Die polnisch-deutschen Beziehungen so, wie sie gegenwärtig sind, müssen aufhören. Das ist sicherlich der aufrichtige Wunsch ganz Polens und jeder Regierung, ohne Rücksicht darauf, welche Parteien diese Regierung bilden. (Hoffen wir, daß diese Annahme auf Wahrheit beruht. D. Schriftl.) Aber vor allem ist das der Wunsch der polnischen Bevölkerung in Deutschland, die im Rahmen des Deutschen Reiches loyal arbeiten will und nur die volle Gewährleistung der ihr gebührenden Kulturrechte verlangt. Diese polnische Bevölkerung will durch ihr Verhalten die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ermöglichen. Sie versteht nämlich, **daß das, was das bedeutungsvollste Moment in den Beziehungen zwischen beiden Staaten bildet, das Problem der polnischen Minderheit hier in Deutschland und die Frage der deutschen Minderheit in Polen ist.** Von der Lösung dieser Fragen ist grundsätzlich die Zukunft der polnisch-deutschen Beziehungen abhängig.

Es muß nur der erste Schritt — natürlich — hier, in Deutschland, gemacht werden. Etwas muß schließlich für die polnische Minderheit getan werden. Es muß nicht eine einzige polnische Schule, sondern sofort eine Reihe polnischer Schulen errichtet und auf diese Weise Polen und der ganzen Welt gezeigt werden, daß in dem demokratischen und republikanischen Deutschland die Worte „Demokratie“ und „Republik“ im Verhältnis zu den nationalen Minderheiten doch etwas mehr sind als eine inhaltslose Redensart. (Hoffentlich zeigt auch Polen auf allen Gebieten, besonders im Verhältnis zur deutschen Presse, das Gleiche. D. Schriftl.)

Die Dresdener Verhandlungen, denen wir ebenfalls Erfolg wünschen, erheischen, wie alle Verhandlungen, Zeit. Ihrem Wesen nach sind sie äußerst bedeutungsvoll; aber hier gibt es doch so viele Fragen, die sich unabhängig von diesen Verhandlungen erledigen lassen und deren Erledigung übrigens auf den ganzen Verlauf der Dresdener Verhandlungen zweifellos einen vorteilhaften Einfluß ausüben würde.

Nur muß wirklich der „gute Wille“, von dem hier so gern gesprochen wird, endlich seinen Ausdruck in Taten finden. Und nur dann wird sich die Erklärung des polnischen Gesandten, daß er alles daransetzen werde, um korrekte nachbarliche Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reiche herzustellen, auch in Taten äußern können. Und in dieser Beziehung bieten die persönlichen Vorzüge des neuen polnischen Gesandten, seine allseitige Kenntnis der polnisch-deutschen Verhältnisse wohl die beste Gewähr, daß er tatsächlich alles tun wird, um die gegenwärtigen Beziehungen zu bessern.

Das Eintreffen des neuen polnischen Gesandten in Berlin wird nur unter diesen Verhältnissen den Beginn einer neuen Ära der polnisch-deutschen Beziehungen bedeuten können. Werden doch selbst die besten einseitigen Anstrengungen nichts helfen. Guter Wille muß auf beiden Seiten vorhanden sein.“

Nach der Wiener Konferenz der Union der Völkerbundligen.

„Von besonderer Seite“ wird der „Prager Presse“ aus Wien u. a. geschrieben: Die siebente Konferenz der internationalen Union der Völkerbundligen, die in den Tagen vom 25. bis 28. Juni in Wien abgehalten wurde, nahm einen wesentlich anderen Verlauf, als die vorangegangene sechste Konferenz, die im Vorjahre (vom 3. bis 7. Juni 1922) in Prag stattgefunden hat. Während in Prag nach den bewegten, fast stürmischen Verhandlungen über die Frage des Minderheitenschutzes die tschechoslowakische Delegation sowie einige andere mit ihr befreundete Delegationen unter energischem Protest gegen das Vorgehen des Präsidiums demonstrativ den Kongreß verließen, gingen die Verhandlungen in Wien bis auf zwei oder drei kleinere Zusammenstöße, die rasch beigelegt werden konnten, glatt vor sich und fanden einen harmonischen Abschluß. Und gerade die **Frage des Schutzes der Minderheiten,** die in Prag zum Stein des Anstoßes geworden war, wurde in Wien ruhig erörtert und in einer beide Parteien ziemlich befriedigenden Weise gelöst. Der Hauptvertreter unserer (tschechischen) Deutschen auf dem Wiener Kongreß, Professor Heinrich Rauchberg, erklärt diese Erscheinung mit der Verschiedenheit „der geistigen Atmosphäre“ der beiden Städte, in denen die Konferenzen tagten. Im Vorjahr tagte die Konferenz der Völkerbundligen in dem politisch zerrütteten Prag und deshalb ging alles schief; heuer versammelte sie sich in Wien, wo die Völkerbundanleihe zum Wiederaufbau Österreichs in allen Straßen plakatiert ist und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft weckt, und deshalb ging hier alles ausgezeichnet. Die Ursache des ungleichen Verlaufes der beiden Konferenzen liegt ganz bestimmt nicht in der verschiedenen geistigen Atmosphäre Prags und Wiens, wie es Rauchberg darzustellen beliebt, sondern in etwas ganz anderem: in der Ernüchterung der Vernunft, die die Frucht der bisherigen und insbesondere der in Prag im Vorjahre gewonnenen Erfahrungen ist. Es scheint, daß unter den Mitgliedern der Union überhaupt allmählich die richtige Erkenntnis der wahren Bedeutung und Sendung der Union erwacht, und daß sie nicht berufen ist, Urteile in internationalen Streitsachen zu fällen, konkrete Fragen zu lösen, detaillierte Regeln aufzustellen, sondern daß sie höchstens grundsätzliche Anregungen geben, allgemeine Ratschläge erteilen oder Empfehlungen ganz platonischen Charakters geben kann. Die Völkerbundligen wurden sicherlich deshalb gegründet, um die Völkerbundidee zu popularisieren, um die Kenntnis vom Völkerbund zu verbreiten, das Interesse für seine Tätigkeit zu wecken, den Boden für ihn vorzubereiten und ihn zu fördern. Die Ligen würden sicherlich auf Abwege geraten, wenn sie den Versuch unternehmen wollten, den Völkerbund zu hofmeistern, ihm Vorschriften zu machen und seine Aufgaben an sich zu reißen. Die Union der Völkerbundligen kann sich doch weder an die Stelle des Völkerbundes, geschweige denn über ihn stellen wollen. Da sie in erster Linie ein Werkzeug der Propaganda ist, darf sie sich nicht zum internationalen Tribunal aufwerfen. Dem widerspricht auch schon ihre Zusammensetzung. Die Vertretung der einzelnen Staaten und Nationen in der Union ist ganz zufällig und sehr ungleichmäßig. Der Völkerbund ist unendlich besser ausgestattet, verfügt über einen ganzen Stab von auserlesenen Beamten, die gründlich geschult und mit den Fragen, die den Völkerbund befassen, praktisch vertraut sind. Und trotzdem tritt auch der Völkerbund selbst nur mit größter Zurückhaltung und Vorsicht an die Lösung der ihm auferlegten Aufgaben heran. Die Union der Ligen würde sicherlich nur der Idee, der sie nützen will, schaden, wenn sie, ungeachtet ihrer weit ungenügenden Vorbereitung, diese Aufgaben rasch und übereilt lösen wollte. Unbeschwert von dem Gefühl der strengen Verantwortung für jedes Wort und jede Handlung, von dem sich die Männer, die aus Amtspflicht die Geschicke der Staaten lenken, nicht befreien können, können die Mitglieder der Liga freier die großen Probleme der internationalen Politik erwägen und versuchen, allgemeine ideale Grundsätze für ihre Lösung aufzustellen, Grundsätze, welche — wenn sie auch vielleicht nicht so bald und nirgends vollkommen zur Erfüllung gelangen könnten — für die gesamte gebildete Menschheit ein Endziel und einen Leitstern bedeuten würden. Aber jeder Versuch der Union, ganz konkrete Fragen zu lösen, wozu auch ganz konkrete und sehr eingehende Kenntnisse, sehr eingehende und systematische Studien notwendig sind, ist zum Scheitern verurteilt; wirklicher Nutzen kann daraus nicht erwachsen, aber wohl viel Schaden.

Aufschub der Konferenz von Sinaja.

Der „R. Fr. Presse“ zufolge ist die für den 20. d. M. einberufene Konferenz in Sinaja wegen des Aufenthalts Dr. Beneschs in Paris und London für kurze Zeit aufgeschoben worden.

Deutschland und Belgien.

Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel ist am Dienstag auf der Straße angefallen worden und hat sich an das Außenministerium mit der Forderung um Genugtuung gewandt. Der Außenminister antwortete, daß die Täter bestraft werden sollen. Inzwischen sind nach einer weiteren Meldung die Täter gefaßt und ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet worden.

Belgisch-deutsche Kriminalkonferenz.

Am Dienstag fand eine Konferenz zwischen belgischen und deutschen Behörden über die Explosion auf der Brücke bei Duisburg statt. In der Konferenz wurden die gemeinsamen Schritte besprochen, die zur Auffindung der Täter unternommen werden sollen.

Verhaftungen wegen des Attentats bei Duisburg.

Aus Duisburg wird die sensationelle Nachricht gemeldet, daß dort **ein Franzose und ein Argentinier als Urheber des Eisenbahnunglücks auf der Duisburger Rheinbrücke verhaftet** worden seien. Der Franzose soll die Tat bereits eingestanden haben. Der Argentinier versuchte sich bei der Verhaftung das Leben zu nehmen, konnte aber im letzten Augenblick daran gehindert werden.

Belgische Befürchtungen über ein französisches Rheinland.

In einem Artikel, der sich mit der Rheinfrage beschäftigt, schreibt das katholische Blatt „Vingtième Siècle“:

„An dem Tag, an dem die Karte Europas ein Rheinland aufzeigt, daß dem französischen Einfluß unterworfen ist, wird **Belgien nur noch ein wirtschaftlicher Sklave Frankreichs** sein. Frankreich könne, wenn auch nur durch seine Transitrechte, jeder Zeit allen **Export Belgiens verhindern,** ausgenommen über Antwerpen und Holland. Es sei also notwendig, daß mit Rücksicht auf die belgischen inneren Interessen dies nicht aus den Augen verloren werde, bei Prüfung der Außenpolitik in einer Frage, die vielleicht die wirtschaftliche Zukunft belgischen Landes aufs Spiel setzen wolle“.

Die Umtriebe im Rheinland.

Vom Kongreß der rheinischen Verräter.

Das Kölner Blatt „Sozialistische Republik“ bringt zu der Sitzung der Vertrauensleute der Rheinischen Republikanischen Volkspartei, die am 15. Juni in Bonn stattgefunden hatte, folgende Einzelheiten. Der Bankier Lehmann (?) machte zunächst einen Vorschlag, worin er die Notwendigkeit der Neuorganisierung der Partei und die **Inangriffnahme der Verwirklichung einer freien rheinischen Republik** betonte. Die Notwendigkeit der Neuorganisierung wurde damit begründet, daß die Besatzungsbehörden mit der Zusammensetzung der Mitgliedschaft und der Propaganda sehr unzufrieden seien. Leider sei es Tatsache, daß die Hälfte aller Mitglieder nur aus egoistischen Motiven der Partei beigetreten seien. In ein bis zwei Monaten müsse unbedingt eine Aktion unternommen werden. Es wurde beschlossen, die Einzelheiten des Planes einem Aktionsausschusse zu übertragen, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Professor Schwarz-Köln, Ingenieur Klee-Bonn, Dr. Wolterhof-Düsseldorf und Fabrikant Deckers-Aachen. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, sich mit den Regierungen in Paris und Brüssel in Verbindung zu setzen und diesen über den Plan zu berichten. Inzwischen ist der Aktionsausschuß nach Paris und Brüssel abgereist. Zum Schluß wurde ferner beschlossen, die bisher in Köln gedruckte Zeitung „Rheinische Republik“ in Bonn drucken zu lassen und ihr den Titel „Rheinische Staatszeitung“ zu geben. Ferner wurden Beschlüsse gefaßt, wonach die Vertrauensleute sich als Vertreter der gesamten rheinischen Bevölkerung erklären und sich für befugt erachten, alle im Interesse der Sache notwendigen Schritte zu unternehmen.

Stimmenfang für die „Rheinische Republik.“

Für die „Rheinische Republik“ suchen die Franzosen mit allen Mitteln Stimmen zu fangen. So lassen sie die Reisenden von Düsseldorf nach Aachen ohne Bezahlung fahren, unterbreiten ihnen jedoch in Neuß einen Stimmzettel für die „Rheinische Republik“ zur Unterschrift. Wird dies verweigert, so verlangen sie den sechsfachen Fahrpreis oder schließen den Reisenden von der Fahrt aus.

Massenzeitungsverbote.

Mit Wirkung vom 29. Juni d. Js. ab sind von den Franzosen in Düsseldorf folgende Zeitungen verboten worden: **„Annener Zeitung“** in Annen bis 24. September, **„Berliner Lokalanzeiger“** bis 21. September, **„Deutsches Abendblatt“** bis 24. September, **„Dorstener Volkszeitung“** bis 18. August, **„Frankenthaler Tageblatt“** bis 6. Juli, **„Freiburger Tagespost“** bis 21. September, **„Franzosen im Land“** von Maria Diers für immer, **„Herner Zeitung“** bis 24. September, **„Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“** bis 21. September, **„Kölnische Volkszeitung“** bis 24. Dezember, **„Kreuzzeitung“** bis 21. September, **„Rheinbote“** in Andernach bis 21. September, **„Rheinische Pfingsten“** für immer, **„Tägliche Rundschau“** für immer, **„Wittener Volkszeitung“** bis 17. Juli. Das Verbot der **„Sozialistischen Republik“** wurde bis zum 30. Januar 1924 verlängert.

„Meutereien“.

Ein Mahnruf der „Ere Nouvelle“.

Die „Ere Nouvelle“, die die Lage als außerordentlich ernst bezeichnet, meint: „Wenn die linksstehenden Parteien bisher der Auffassung gewesen seien, sie dürften, um der Wirkung in Deutschland willen, der Aktion der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, so hätten sie heute die Pflicht, von der amtlichen Politik abzurücken und die Verantwortung nur Herrn Poincaré und dem nationalen Block allein zu überlassen. Man möge uns nicht mehr von nationalen Interessen sprechen“, so fährt das Blatt fort, „in Westfalen bereiten sich sehr ernste Dinge vor. Die Stimmung innerhalb unserer Besatzungstruppen ist keineswegs so wie man annimmt. Man wird begreifen, daß wir in diesem Augenblick darüber nicht mehr zu sagen vermögen, aber wir legen Wert darauf zu betonen, daß wir über die drohenden Gefahren unterrichtet sind.“

Im Ruhrgebiet weiß man seit langem, daß besonders unter den französischen Besatzungstruppen große Unzufriedenheit herrscht, die sich wiederholt in Exzessen schwerster Art geäußert hat. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß jetzt selbst in der französischen Presse, wenn auch vorsichtig, die Meutereien in der Ruhrarmee erwähnt werden. Zum ersten Male erhebt ein französisches Blatt ernste Warnungen gegen die französische Regierung, mit ihren Gewaltmethoden den Bogen nicht zu überspannen, da dies ernste Rückwirkungen auf die Besatzungstruppen haben muß.

Die Andeutungen der „Ere Nouvelle“ erfahren eine neue Bekräftigung durch eine Nachricht, die soeben aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird.

Die am 2. Juli in Westhofen eingerückten Truppen sind bis auf etwa 100 Mann Infanterie nach Wittbräucke zurückgezogen worden, wo sie gleich darauf erneut alarmiert und nach Duisburg abtransportiert wurden, wie verlautet, **zur Unterdrückung von Meutereien.**

Die Wahlreform in Italien.

Das italienische Parlament hat am Mittwoch die Aussprache über die Wahlreform aufgenommen. Die Diskussion wird zwei Wochen dauern und die Reform voraussichtlich angenommen werden. Die Populari zusammen mit den Sozialisten sind die eigentlichen Faktoren der Opposition gegen die Reform. Angeschlossen haben sich die Republikaner, Reformisten und Demokraten. Unterstützt wird die Reform von der Rechten, den Liberalen und den Faszisten.

In Rom ist es **zwischen Faszisten und Republikanern zu** einem Zusammenstoß gekommen. Die Faszisten haben das Verbandslokal der Republikaner in Brand gesteckt. 20 Personen wurden verhaftet.

Neue amerikanische Abrüstungspläne.

Gegen Bombardierung offener Städte.

Einer Washingtoner Meldung zufolge hat die amerikanische Regierung allen auf der letzten Konferenz von Washington vertretenen Mächten einen Entwurf zu einer internationalen Abmachung zugehen lassen, der von einer Konferenz von Juristen ausgearbeitet worden ist, und der die Bombardierung von Städten durch Flugzeuge und Zeppeline untersagt. Die Bombardierung aus der Luft soll nur gestattet werden, wenn es sich um Bombardements von Streitkräften im freien Felde, von Militärdepots, Waffenfabriken, Munitionsbestände oder Verkehrsmittel, die der Munitionsversorgung dienen, handelt. Leider liegen nur in der Nähe von größeren Städten in den meisten Fällen derartige militärische Anstalten.

Deutsches Reich.

** **Hoher Brotpreis.** Der Preis für Markenbrot in Berlin soll in diesen Tagen von 4000 auf 10 000, für Weißbrot von 12 000 auf 20 000 und für Semmeln auf 800 M. erhöht werden.

** **Konferenzen wegen der Streiks in Berlin.** Am Dienstag fanden in Berlin neue Konferenzen im Arbeitsministerium statt, deren Zweck die Beilegung des Ausstandes war. Zwanzig größere und kleinere Unternehmen sollen gegen den Willen des Streikkomitees die Arbeit niedergelegt haben.

** **Der Erhardt-Prozeß.** Von unterrichteter Seite wird über den gegenwärtigen Stand des Erhardt-Prozesses Folgendes gemeldet: Das Aktenmaterial, welches aus etwa 40 Aktenstücken besteht, befindet sich seit Mitte Juli in den Händen des Vorsitzenden, Staatspräsidenten Dr. Schmidt. Ein Hauptverhandlungstermin war und ist bisher noch nicht anberaumt. Es ist aber der Zeitpunkt für den Beginn der Verhandlung, deren Dauer auf 10 Tage geschätzt wird, der 23. Juli d. Js. vorgesehen. An diesem Termin soll, falls nicht erhebliche Hindernisse sich entgegenstellen, festgehalten werden. Die Anklage richtet sich bekanntlich gegen den Korvettenkapitän Erhardt auf Hochverrat wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch; er soll sich ferner einer falschen eidlichen Angabe über seine Person vor dem Untersuchungsrichter Dr. Metz schuldig gemacht haben. Daneben sind die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Oehringen, der Leutnant z. S. a. D. Franz Liedig und andere Anhänger Erhardts angeklagt. Die Anklagebehörde, welche im Hauptverhandlungstermin von dem Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer selbst vertreten wird, hat bereits 57 Zeugen und 61 Urkunden zur Stützung ihrer Anklage benannt. Die Anträge der Verteidigung liegen bislang noch nicht vor. Es wird jedoch mit der Vernehmung von 100 Zeugen in der Hauptverhandlung gerechnet.

Aus aller Welt.

Die Wirren in Palästina. Man meldet aus Jerusalem, daß die Polizei von Jerusalem Abd-el-Kadir, den Führer der Bande, getötet hat, die am 15. Juni zwischen Jaffa und Ramleh einen englischen **Zahlmeister-Kapitän ermordet hat.**

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute morgen 8 Uhr verschied sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Hans Jens Friederici

im 42. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Helene Friederici,
geb. Trips.

Bad Altheide, Haus Klein Idyll, am 8. Juli 1923.

Die Beerdigung fand am Mittwoch nachmittag 3 Uhr in Altheide statt.

Bekanntmachung.

Laut Magistratsbeschluß beträgt der Preis für 1 Zentner (50 kg) Koks von heute ab 30 000 Mark.

Magistrat XI/2.

Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 7. März cr. sind die im Tarif vom 20. September 1903 festgesetzten Rangiergebühren um das Zehntausendfache erhöht worden. Dieser Beschluß ist von der Aufsichtsbehörde am 5. Mai 1923 genehmigt worden.

Poznań, den 5. Juli 1923.

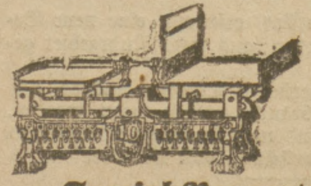
Magistrat VII.

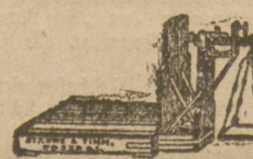
Automobilverkauf!

12/40 Steyr, 6 Zyl., Vorführungswagen,
offen, fast neu. 5 Reifen **1900 Dollar.**

10/40 Apollo
abnehmbare Limousine neuestes Modell 1922, fast neu **1600 Dollar,**
beide abfahrfertig ab **Danzig, sofort verkäuflich.**

Christoph, Danzig, Böttchergasse 2.





Spezial-Reparaturwerkstatt für
Wagen sämtlicher Art und Größe
sowie **neue und gebrauchte Wagen** vorrätig.
Struwe & Timm, Poznań, ul. Półwiejska 25. Telephon 2732.

Komplette

Vernickelungsanlage

sowie eine

Drahtflechtmaschine

(halbautomat) **preiswert zu verkaufen.** (8050

Gebr. Blottner, Maschinenfabrik Bojanowo, pow. Rawicz.



Suche für meinen Sohn

Pacht

von sogleich oder Juli 1924. **Bedingung:**

800 bis 1000 Morg. gut. Boden.

Gefl. Offerten unt. **E. K. 7007** an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juli 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Gold,

Brillanten, Silber
Gelegenheitskäufe.
Verkauf und Ankauf.

Chwiłkowski,
Poznań, św. Marcin 40.

Rote und schwarze
Johannisbeeren,
Himbeeren,
Erdbeeren,
Aepfel, (693
Sauerkirschen,
kaufen während der Saison in größeren Mengen
Domagalski i Ska.,
Fruchtsaftpresserei,
Poznań, św. Marcin 34.

Kaufe

Jagdgewehr, Browning und Waffen zur Wanddekoration
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Wir bieten, fast wie neu, zum Kauf an:

Andree's Allgemeiner

Handatlas

in 126 Haupt- und 137 Nebenkarten, gebunden, vierte, völlig neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlg.
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Kaufe

Photographische und Landmesser-Instrumente
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Suche
für kurzentschlossene Käufer

Landwirtschaften

von 20—1000 Mrg., gleichfalls **Häuser** in der Provinz. Offerten mit genauer Beschreibung, ob privat oder Rente, und äußersten Preis, da zahlungsfähige Käufer stets bei der Hand, erbittet
Nowak, Poznań
Głogowska 112. Tel. 6280.

Sofort lieferbar:

Chamisso's Werke

in 1 Band gebunden.
Geschenkausgabe,
eleg. gebunden.
Mk. 72 000.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka Nr. 6.
Abtl.: **Versandbuchhandl.**

Kaufe
zu höchsten Preisen
Broncen, Figuren, Geigen, Mandolinen, Guitarren.
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Gebr. Sportwagen
mit Verdeck wird **zu kaufen gesucht.** Offerten unt. **T. K. 8057** an d. Geschäftsst. d. Bl.

Cirkus Proserpi

Wały Zygmunta Starego.
Am Freitag, dem 13. Juli abends 8.30 Uhr

Grosse Eröffnungsvorstellung

mit 20 großen Attraktionen.
Täglich von 8.30 Uhr abends Grosse Vorstellung.
Sonntags nachmittag 3.30 und abends 8.30 Uhr
2 Grosse Vorstellungen.
Vorverkauf an der Cirkuskasse. (3044

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6
täglich bis 15. Juli einschließlich:

Das Gasthaus am Kreuzwege

Das hervorragende, einen jeden hinreißende Bild in 6 Akten nach dem Kończyńskischen Scenarium. In der Hauptrolle d. schönste poln. Künstlerin
Helene Zachorska
Außerdem nimmt daran teil eine Anzahl d. besten Künstlerinnen u. Künstler der Warschauer Theater. Dieses Bild wurde an 17 Tagen hintereinander verfilmt im **Colosseum,** dem größten **Warschauer Kino.**
Anfang der Vorstellungen um **4½, 6½ u. 8½ Uhr,** an Feiertagen um **4 Uhr,** die **letzte** um **8½ Uhr.**

Arbeitsmarkt

Verheirateter Chauffeur

aufs Land gesucht,
zu **sofortigem Antritt,** der gleichzeitig Kutscher (Kavallerist) ist. Nur Bewerber mit längerer Praxis und guten Zeugnissen werden berücksichtigt. (8045
von Bernuth, Borowo bei Czempin.

Gesucht zum baldigen Antritt

jungen Beamten

der beider Landessprachen mächtig ist. Ferner (3047

tüchtigen Hofverwalter

Rittergut Łomnica, Kreis Nowy Tomyśl.

Dominium Korytnice pow. Rajszków
sucht zum 1. Oktober 1923
einen unverheir., deutsch und polnisch sprechenden Hofbeamten.
Zeugnisabschriften und Gehaltsford. in Roggenwährung bitte unter **8054** an die Geschäftsstelle dieses Blattes einzusend.

Ich **suche** für meinen Freund **Stellung** als

Obermüller
oder als Leiter einer Mühle.

Suchender, ein evangelischer Deutscher, ist Ende der dreißig., verheiratet, polnischer Staatsangehöriger und der polnischen Sprache mächtig. Zeit des Antritts und Bedingungen der Vereinbarung vorbehalten. Offerten unter **Nr. 8062** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Deutsche Lyzeallehrerin

sucht für **Juli** und **August Ferienstelle** auf dem Lande gegen Erteilung von Nachhilfe- oder Privatunterricht. Angebote unter **Nr. 8049** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Für Landhaushalt wird eine

gebildete evangl. kinderliebe Hausdame gesucht.

Offerten unt. **8052** a. d. Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Suche zum 1. September 1923

eine Erzieherin

aufs Land für 3 Kinder im Alter von 6—9 Jahren. Bewerbungen unter Angabe des Geh. in Roggenwährung bitte unt. **8053** an die Geschäftsstelle dieses Blattes einzus.

Suche für Kolonial- u. Schankgeschäft tüchtige polnisch und deutsch sprechende **Verkäuferin,** die der Hausfrau auch in der Hauswirtschaft **zur Hand** geht. Ebenso **suche** für **sofort** oder später zu meiner Unterstützung in ca. 100 Morgen großer Landwirtschaft

tüchtigen, unverheirateten Menschen,

der selbst mit Hand anlegt. Offerten bei freier Station und Familienanschluß erbittet (8005

Ewert, Tierarzt, Połajewo.

Aeltere, tüchtige

Stellmacher,

sowie **einen tüchtigen**

Wagenlackierer

verlangt für dauernd (8010

Wagenfabrik
Martin, Gniezno
(Gnesen).

Sohn achtbarer Eltern,
24 Jahre alt, kath., 30%iger Kriegsinvld. möchte sich ohne gegenseitiger Vergütung auf **einem Gute zum landwirtsch. Beamten ausbilden.** Der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig.
Offerten erb. unt. **B. 8056** an d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Suche für meinen Sohn, der das Einjährige hat,
eine Stellung als Volontär.
Angebote unt. **8046** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Suche zum 1. August d. J.
tüchtiges, ehrliches

Mädchen

(8048
für **Küche und Haushalt,** sowie etwas Gartenarbeit. — Anfangsgehalt 100 000 Mark monatlich und alles frei.
Frau Rau, Dampf-Molkerei, **Laski,** pow. Kępno (Kempen).

Dame, Anfang 30 Jahre, elternlos, **sucht Stellung als Stütze** in nur besserem jüd. Hause, könnte auch im Geschäft behilflich sein. Angebote unt. **8014** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Suche für Kapitalisten

Hausgrundstück, Villa, Terrain oder sonstige Liegenschaft

in **Posen.** Offerten schnellstens unter **8037** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche zu kaufen

GUT

bis 1500 Morgen
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Fräulein,

28 Jahre alt, evang., brünett, ohne Vermög., aus achtb. Familie, mit gut. Ruf, wünscht sich **zu verheiraten.** — Witwer ohne Kind nicht ausgeschlossen. Ernstg. Anträge bitte unt. **N. 8055** an d. Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

KINO Colosseum Św. Marcin 65.

Von Mittwoch, den 11. Juli, täglich:

Mac Allans Abenteuer in Kalkutta

und

Der Mann aus der Finsternis.

3. und die 4. zugleich **die letzte Serie** des **aussergewöhnlich interessierenden** sensationellen Abenteuerdramas
Die Jagd nach dem Tode.
Beginn der Vorstellungen um 4 und 7¼ Uhr.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus

NYKA & POSŁUSZNY

Telephon 1194 **Poznań** Wrocławska 33/34
Vereidigte Meßweinlieferanten
(vinum consecrabile)
fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

---

2 evgl. junge Mädchen
(18 u. 20 Jahre) wünschen mit gebildeten Herren

zwecks evtl. Heirat

in Briefwechsel zu treten. (8051
Offerten unter **Nr. 8051** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Kaufe Pianinos

und zahle die höchsten Preise.
Offerten mit Preisangabe unter **G. 2751** an **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań,** św. Marcin 40.

Für eine **landw. Brennerei** wird **ein gebrauchter,** aber noch gut erhaltener

Vormaischbottig

zu kaufen gesucht. — Inhalt ca. 5500 Liter. — Gefl. Angebote unt. **S. 8031** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Wohnungstausch.

Für Emigranten die nach Deutschland ziehen wollen, habe eine **Wohnung von 8 Zimmern,** eine (8019
Kolonialwarenhandlung m. Manufakturwaren
s. g. kleiner Bazar. Sehr gute Existenz zwischen Kohlenkolonie eine Stunde zur Stadt. Reflektanten melden sich **sofort ul. Dąbrowskiego 97.**

Landaufenthalt auf **Gut, Försterei** oder **Pfarrhaus** (möglichst mit Kindern) für **13jährige Schülerin für 2—3 Wochen,** von **sofort gesucht.** Offert. mit **Preis** unt. **Nr. 8001** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Junggeselle sucht möbl. Zimmer.
Offerten unter **8043** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Möbliert. Zimmer
mit ungeniertem Eingang sucht Assessor vom **1. August** evtl. auch ohne Betten. Offerten u. **8041** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Verkaufe Wolfshündin
mit einem Wurf 8 Wochen alter Junge. (8061
Becker, Tarnowo, Poznań zachód.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Donnerstag, 12. Juli, abends 7½ Uhr: Jomkippur Koton.
Freitag, 13. Juli, abends 7½ Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4½ Uhr Mincha mit Vortrag.
Sabbatausgang abends 9 Uhr 10 Minuten.

Werktags-Andacht.
Morgens 6¾ Uhr und abends 7½ Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.
Freitag, 13. Juli, abends 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 14. Juli, vorm. 10 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Juli.

Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurden sämtliche Positionen des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 1923 erörtert und angenommen. Ferner beschloß die Versammlung wieder einige Erhöhungen, und zwar der Schlachthofgebühren, der Gebühren für Wasser und elektrischen Strom, sowie der Gebühr für die Stromzähler.

Eine Interpellation

Vor Eintritt in die Tagesordnung interpellierte Frau Stadtv. Dr. Großman in Sachen des gedankenlosen Fortwerfens von Obstkernen in der Stadt und der damit verbundenen Gefahren für die Einwohner. Der Magistrat soll für Abhilfe sorgen.

Die Theaterangelegenheit.

Stadtv. Ziembiński fragte dann an, in welchem Stadium sich die Verhandlungen mit dem Personal der städtischen Theater befänden.

Vizepräsident Dr. Kiedacz teilte mit, daß die Verhandlungen mit dem Schauspielpersonal günstig verlaufen seien, während die mit dem Opernpersonal so gut wie als zerschlagen betrachtet werden müßten. Man hat das beim Personal wohl vorausgesetzte Verständnis für die Finanzlage der Stadt nicht gefunden, und will durch die Verpflichtung zugänglicheren Personals Abhilfe schaffen. Zu diesem Zwecke wird der Direktor mit dem Personalsekretär eine Reise nach Warschau und Kattowitz unternehmen.

Stadtv. Lisiecki konnte nicht umhin, die Gelegenheit zu benutzen, um darauf hinzuweisen, daß das Opernpersonal noch Juden in seinen Reihen habe.

Stadtv. Krause sprach dann zum ersten Punkt der Tagesordnung, der die Wahl von 4 Stadtverordneten-Delegierten für die am 8. und 9. September in Kattowitz stattfindende Städtetagung betraf. Zu Delegierten für die Tagung, die auf Anfang September verlegt worden ist, weil der Sejm das Gesetz über die Regelung der Kommunalfinanzen noch nicht erledigt hat, wurden die Stadtverordneten Wybieralski, Ballenstedt, Cofta und der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski gewählt. Zu etwaigen Stellvertretern wählte man die vorgeschlagenen Stadtverordneten Stachecki, Sieradzki, Grzeszkowicz und Krause.

Die Beamtentarif- und Arbeiter-Teuerungszulagen.

Den städtischen Beamten und Angestellten wurden entsprechend der vom Ministerrat beschlossenen 48prozentigen Staatsbeamtenzulage ebenfalls 48 Prozent Ausgleichszulage für Juli bewilligt. Allerdings wird der Abzug der als Vorschuß ausgezahlten 28 Prozent für später vorbehalten. Die Auszahlung der Zulage, die bald die Hälfte der Gehaltsbezüge ausmacht, wird die Stadtkasse mit fast 300 Millionen Mark belasten. Den städtischen Arbeitern wurde eine 25prozentige Zulage im Sinne des vom Statistischen Amt festgesetzten Teuerungskoeffizienten und eine einmalige Zulage in Höhe eines Wochenlohnes bewilligt.

Gebührenerhöhungen.

Nach Begründung der Erhöhung der Gebühren für Wasser und elektrischen Strom und der Bewilligung der vorgeschlagenen Gebührensätze (für Wasser von 900 M. auf 1300 M. das Kubikmeter) sprach Stadtv. Hedinger über den

Ausbau des Wassernetzes.

Bereits vor dem Kriege bestand ein Projekt für den Wasserleitungsausbau, konnte aber infolge des Krieges nicht ausgeführt werden. Die ergiebigste Wasserquelle, die Erweiterungsmöglichkeiten besitzt, ist das Eichwaldgelände, das gegenwärtig der Stadt 20 000 Kubikmeter täglich liefert. Auf Grund des bisherigen Wasserverbrauchs und der voraussichtlichen Zunahme der Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren wird mit einer täglichen Wasserverbrauchsmenge von 50 000 Kubikmetern gerechnet. Zur Überprüfung des vom Magistrat ausgearbeiteten Materials für den Ausbau des Wassernetzes kamen Dr.-Ing. Matakiewicz, Professor am Polytechnikum in Lemberg, und Dr.-Ing. Thiem aus Leipzig im Dezember 1922 nach Posen. Mit der Realisierung des Projektes will man noch in diesem Jahre beginnen. Die Kosten sollen teilweise durch eine Złoty-Anleihe von 2 Millionen in Form von Kommunalobligationen gedeckt werden. Der Zinsfuß der Anleihe soll 7 Prozent betragen, und die Obligationen sollen in 10 Jahren fällig sein.

Der Erweiterungsplan und die Anleihevorlage wurden ohne Widerspruch angenommen.

Die Gebühren für Ausfuhrvieh

wurden im Rahmen der gesamten Schlachthofgebühren trotz eines Protestschreibens des Viehhändlerverbandes, das sich gegen eine weitere Erhöhungsbeschließung wendet, um 100 Prozent erhöht. Für den

Bau einer Rückwandererbaracke

in Gurtschin wurden 320 Millionen in Form einer Anleihe in der Kommunal-Sparkassenbank bewilligt.

Die Finanzvorlage über den

Bau eines Wohnhauses

neben dem Ledigenheim, nach dem Muster des Heims, wurde angenommen. Es handelt sich um rund 3 Milliarden, die zum Bau nötig sind.

Beratung des Stadthaushaltsvoranschlags.

Nach einer kurzen geheimen Sitzung kamen die einzelnen Haushaltspositionen zur Sprache und wurden schnell und widerspruchslos angenommen. Länger hielten auf: der Haushalt des Stadtkrankenhauses, der Armenhaushalt und der Haushalt der Umladestelle.

Über den Haushaltsvoranschlag des Stadtkrankenhauses berichtete Dr. Stark, der die verbesserungsbedürftigen Zustände im Krankenhause schilderte. In den Krankensälen ständen die Betten zu dicht, die Badeeinrichtungen seien primitiv, das Geschirr lasse teilweise zu wünschen übrig usw. In einer Entschließung wurde als eine der Hauptaufgaben des Magistrats der Bau eines neuen Krankenhauses erklärt, das in passender Umgebung erbaut werden soll. Die Prostituiertenanstalt soll nach einer anderen Stelle verlegt werden.

Stadtv. Cofta beantragte, die Räder der Krankenwagen mit Gummi bereifen zu lassen.

Beim Voranschlag der Armenverwaltung kam die Frage der Begräbniskosten zur Sprache.

Stadtv. Geistl. Koscielski erklärte, daß die Kirche stets kostenlos einen Geistlichen stelle, wenn sich überhaupt Angehörige des Verstorbenen melden.

Bei der Erörterung des Voranschlags der Umladestelle regte Berichterstatter Stadtv. Lisiecki eine Propagierung der Benutzung des Wartheweges in Kaufmannskreisen an, z. B. für die Anfuhr von Getreide.

Stadtv. Budzyński trat für großzügige Kanalverbindungen zwischen Oberschlesien und dem Norden Westpolens ein und wies auf den Bau des Rhein-Donaukanals in Deutschland als Beispiel hin.

Zu dem zwischen Posen und Stettin unterbundenen Verkehr erklärte der Stadtpräsident Ratajski, daß erst nach vertraglicher Regelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland eine Aenderung eintreten könne. Die Benutzungsrechte Polens bezüglich Stettins als Hafen gingen aus dem Versailler Friedensvertrage hervor.

Bei der Besprechung des Schuletats wurden drei Entschließungen angenommen, von denen die eine verlangt, daß die Volksschullehrer nicht 30 Dreiviertelstunden, sondern volle Stunden erteilen sollen. Die zweite verlangt für die Handelsschullehrer nur sechs Ueberstunden in der Woche. In der dritten Entschließung wird gefordert, daß der Direktor der Handelsschule, der zugleich Schuldezernent ist, eines von diesen Aemtern niederlegen solle. Die Entschließungen sollen dem Posener Schulkuratorium vorgelegt werden.

Die einzelnen Positionen des Gesamthaushaltsvoranschlags,

bei denen mit Mehreinnahmen gerechnet wird, sind folgende: Die Stadtgrundstückverwaltung (88 300 000 M.), die Umladestelle (3 Millionen), die Steuerverwaltung (ca. 18½ Milliarden), das Elektrizitätswerk (ca. 46 Millionen), die Gasanstalt (etwas mehr als 81 Millionen), der Viehmarkt (ca. 122½ Millionen), zusammen gegen 19 Milliarden. Die Positionen, bei denen weder mit Mehreinnahmen noch mit Mehrausgaben gerechnet wird, wo also ein Gleichgewicht vorgesehen ist, sind folgende: Der Grunderwerbsfond, die Fäkalienausfuhr, die städtischen Zentralwerkstätten, die Sparkasse, die Gutsverwaltung Naramowice, die städtische Molkerei, der Schlachthof und das Wasserwerk.

Für die übrigen Positionen (Gesamtverwaltung, Schulwesen, Armenfürsorge, Jugendfürsorge, Krankenhaus, Hochbau, Tiefbau, Kanalwesen, Park- und Gartenverwaltung, Feuerwehr, Kapital- und Schuldenverwaltung, städtische Theater, Badeanstalten, Stadtfuhrpark und Straßenreinigung) sind Mehrausgaben vorgesehen. Die drei höchsten Defizite sind für die Gesamtverwaltung (mehr als 5 Milliarden), die Armenfürsorge (mehr als 3 Milliarden) und die städtischen Theater (mehr als 2 Milliarden) veranschlagt worden. Es folgen dann: Park- und Gartenverwaltung mit mehr als einer Milliarde und Feuerwehr mit ebenfalls mehr als einer Milliarde. Es sei noch hervorgehoben, daß das Budget in dieser Form in der Position „Armenfürsorge“ und „Schulwesen“ noch kleine Erhöhungen erfahren hat.

Das Gesamtdefizit beträgt etwas mehr als 19 Milliarden und soll durch die vorgesehenen Mehreinnahmen in den oben angeführten Positionen gedeckt werden.

Nach Annahme des Budgets en bloc dankte der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski für die vom Magistrat und den Stadtverordneten in den letzten Tagen geleistete intensive Arbeit und schloß die Sitzung mit der Mitteilung, daß nunmehr die Ferien beginnen.

Noch eine Hundertjährige.

Die Firma Złota Kula (zu deutschen Zeiten firmierte sie „Goldene Kugel“) besteht ebenfalls bereits 100 Jahre und hat die lange Reihe von Jahren auf dem Grundstück Dominikanerstraße, gegenüber der Dominikanerkirche, ihr Gewerbe, Destillation und Fruchtsaftfabrik, ausgeübt. Der Gründer der Firma hieß Baarth. Später waren Eigentümer Friedmann und Alport. Nach Umwandlung des Geschäfts in eine G. m. b. H. und Vergrößerung der Rahmen des Betriebes haben sich die alten Räume als zu klein erwiesen; sie erwarb deshalb das Grundstück Św. Marcin (fr. St. Martinstraße) 25, auf dem sich die Destillation Schellenberg (späteres Eigentum der Firma Peiser) befand, und nach Durchführung von verschiedenen Um- und Erweiterungsbauten hat sie nun ihren Gesamtbetrieb heut, am 12. Juli, nach dort verlegt. Bei der Einrichtung sind alle Errungenschaften der Neuzeit berücksichtigt und eingeführt worden. Der Geschäftsführer der Firma, Korytowski, konnte am 1. Juli auf eine 25jährige Tätigkeit bei ihr zurückblicken. In dem Artikel „Erinnerung“ in Nr. 152 des „Pos. Tagebl.“ erwähnten wir eines Herrn Samuel Abraham. Der Zufall will es, daß Herr Korytowski der Schwiegersohn des Verstorbenen ist.

Nur ein Traum.

Der Deutsche Theaterverein hat sich diesmal auch an einem „modernen“ Bühnenspiel versucht. Es ist nicht festzustellen, ob es sich um ein Lustspiel, eine Komödie oder eine Groteske handelt. Von allen drei Gattungen war etwas darin vorhanden. Das Stück selbst ist viel in Berlin gegeben worden und hat auf das heutige Theaterpublikum (in Berlin) die Wirkung nicht verfehlt, weil es von einem Mittel genügend Gebrauch macht: der Pikanterie. Dabei trägt das Stück den Mantel des „Geistreichseinwollens“ mit kecker Gebärde. Warum also darüber eifern; unsere heutige Zeit verlangt ja solche Dinge. Wirklicher Humor ist nicht vorhanden, — es herrscht lediglich der Witz, der teils aus der Situation, teils aus Wortspielen destilliert wird. Der Inhalt: Bei Herrn Baumeister Stabrin mit Frau sind die Professorsgattin Frau Hausmann mit Stabrins Kompagnon Sponholz an einem schönen Maiabend versammelt, um den Schlag der Nachtigall und den Duft des Flieders bei einer kräftigen Bowle zu feiern. Daß so etwas nicht ohne Wirkung bleiben kann, ist klar. Frau Stabrin will der Freundin zum Abschied einen Fliederbusch mitgeben und begibt sich mit Sponholz in den Garten. Das ist das Vorspiel. Herr Stabrin bringt Frau Hausmann nach Hause — Herr Sponholz steigt bei Stabrin zum Fenster hinein. Bevor er jedoch ans Ziel seiner Wünsche gelangt, wird das Pärchen gestört, denn der Bursche Kanitzki steigt auch durchs Fenster, das er verwechselt hat (denn er will zu Berta, der Küchenfee). Die Stimmung ist vorbei, Frau Stabrin verschwindet eilig ins Schlafzimmer und verschließt die Tür, und Sponholz geht „solide“ heim. Unterdessen hat jedoch der Ehemann Stabrin den Ehebruch erlebt. Am nächsten Morgen beim Frühstück erscheint der betrogene Professor Hausmann, froh, daß er einen Anlaß zur Scheidung hat, und eröffnet ihm den Tatbestand. Die junge Frau ist bereits „per Bahn nach Wien“. Großes Entsetzen, denn Herr Stabrin möchte zwar gerne die Ehe brechen, aber nicht die Konsequenzen tragen. Unterdessen aber hat auch seine eigene Frau Gewissensbisse und erzählt ihm ihr Liebeserlebnis mit Sponholz mit der Bemerkung, daß es „nur ein Traum“ gewesen sei. Im dritten Akt jedoch erfährt auch Frau Stabrin von dem Ehebruch ihres Mannes, und aus „Rache“ sagt sie ihm dann, daß das Erlebnis, welches sie ihm damals als Traum geschildert habe, Wirklichkeit war. Der gute Ehemann glaubt das nicht — seine Frau ist ja die Treue selbst —, auch als Sponholz es bezeugt und zu allem Ja sagt. Dies das G[illegible]ppe; was daran noch herumhing, war nicht definierbar. Ein Stü[illegible]as zwar etwas für Berlin ist, aber das unseren Posenern zum [illegible] nicht behagte. (Oder vielleicht doch?)

Herr Hilbig-Edelhof als Gast in de[illegible] Rolle des Sponholz. Im ersten Akt mit viel Temperament, Natürlichkeit und Geschick. Die Rolle gut herausgearbeitet und die Person bühnentechnisch am besten. Als Gegenspielerin Frau Stabrin ausgezeichnet. Eine gute Sprecherin und eine natürliche Darstellerin. Kleine Übertreibungen sollen verziehen sein. In dieser jungen Dame hat der Theaterverein ein hoffnungsvolles Mitglied gewonnen. Dann der Darsteller des Professor Hausmann, der naturgetreu nachgeschaffene Professor, der logisch und nicht ohne Witz die „Tragödie“ seiner Ehe doziert. Diese drei standen im Mittelpunkt. Herr Stabrin, mitunter etwas allzu weichlich,

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Jetzt bog Rößl in den Grenzwald ein, und Mairanne atmete auf wie von einem Alp erlöst. Gott sei Dank, hier war doch noch kernfrisches, markiges Leben, hier wehte ein kühlender Lufthauch, und das Sonnenlicht fiel grüngoldig durch das dichte Blätterdach. Graf Dassel preßte die Finger ineinander, daß die schmerzenden Knöcheln sich weiß färbten. Nein, mochte kommen, was da wollte, — das hier war ein Heiligtum, an diesen Teil des Forstes sollte niemand rühren, es wäre ein Verbrechen gewesen — ein Mord, lieber hungern und entbehren, als auch dies letzte von der Väter Erbe zu verschleudern, nur damit andere den Gewinn einstreichen und sich die Taschen füllen!

Georg Rößl beugte sich zurück: „Ist es den Herrschaften recht, wenn ich jetzt einmal durch den Oberheider Wildpark fahre?“

Marianne nickte nur, die Kehle war ihr wie zugeschnürt.

Der Fabrikbesitzer sprang von dem Führersitz und öffnete das Lattentor: „Ich werde etwas langsam fahren, vielleicht bekommen wir Wild in Anblick.“

Im Westen türmten sich schwere, schwarze Kumuluswolken, ein Windstoß pfiff heulend durch die Kronen der alten Kiefern, und Graf Eberhard blickte besorgt auf: „Wenn wir bloß nichts auf den Kopf kriegen, es war in den letzten Tagen so schwül, daß es kein Wunder wäre, wenn endlich mal ein Gewitter käme.“

Im tollen Wirbeltanz huschten die Stämme vorüber, aber plötzlich ein scharfes, knirschendes Bremsen: „Herrgott, sehen Sie doch, ist das ein Kapitalschaufler!“ Rößl wies aufgeregt mit der Hand nach vorn, wo auf einer kleinen Waldwiese, unweit der Fütterung, ein Rudel Damwild äste: „Und fast schon fertiggefegt — in längstens drei Wochen ist das Geweih hart!“

Das junge Mädchen nickte: „Ja, der ist freilich kapital, aber ich weiß nicht, mir würde es keine Freude machen, in einem eingegatterten Park halbzahmes Wild abzuschießen.“

„Ach was!“ Georg Rößl war ganz blaß vor Aufregung, und die Pupillen verschwanden fast völlig in dem hellen Grau der Iris: „Bessere Schaufeln bekommt man auch auf den Deutschen Geweihausstellungen in Berlin nicht zu sehen, das wäre eine Trophäe, die sich den ersten Schild holen würde.“

Das eine Alttier warf plötzlich auf, ein kurzes Stutzen, ein Sichern, und dann nahm das Rudel mit wippenden Wedeln in sonderbar steifen Fluchten den Bestand an. Rößl blickte dem Hauptschaufler, der den Beschluß machte, atemlos nach: „Herrgott!“ sagte er noch einmal, und es schien, als müsse er gewaltsam eine Erstarrung abschütteln, die ihn bisher in ihrem Banne gehalten hatte.

Ein fauchender, heulender Winstoß fuhr durch den Forst, daß sich die Kronen der Bäume bogen und die wurzelfesten Stämme knarrten — nun wieder — dann fielen klatschend die ersten, schweren Regentropfen.

„Wollen wir nicht weiterfahren,“ mahnte Graf Dassel, „in einer Viertelstunde sitzen wir mitten drin im Gewitterregen!“

Wortlos griff der Fabrikbesitzer nach dem Steuer, aber seine Hände zitterten, und in seinen Augen stand ein seltsames, flackerndes Leuchten. Das Ausgangstor des Gatters war passiert, und Georg Rößl schaltete nun, wo er die freie, ebene Landstraße vor sich hatte, die dritte Geschwindigkeit ein.

Wie ein lebendes, vernunftbegabtes Wesen gehorchte der mächtige Wagen jedem leisesten Druck und jagte im Hundertkilometertempo vorwärts. Aber noch schneller stürmten am Firmament gleich eilenden, bleigrauen Reitergeschwadern die Wolkenfetzen dahin, aus denen unter dem Grollen des rollenden Donners feurige Schlangen zur Erde herniederzuckten. In kaum minutenlangen Pausen folgten sich die zischenden Blitze, zuckende, sprühende tanzende Flammen. Und dann rauschte der prasselnde Gewitterregen herab, löschte den Staub und ließ breite, schmutziggelbe Gießbäche in den Furchen des Ackers aufschäumen. Vom Sturm gepeitscht, bogen sich die Pappeln, krachend schmetterten gebrochene Äste zu Boden, und der Wind sang und pfiff in den straff gespannten Telephon[illegible].

Marianne atmete tief auf; dies wilde, wütende Toben, der Aufruhr der Elemente gab ihr die Ruhe zurück. Und plötzlich durchzuckte es sie wie ein elektrischer Schlag: Quer über die Felder stürmte in voller Karriere ein Reiter, Mann und Roß schienen in eins verwachsen zu sein, — wie ein Phantom war es, eine Halluzination der erregten, überreizten Sinne. Zehn Meter vor dem vorbeirasenden Auto brachte Hasso v. Redern sein hochaufbäumendes Roß mit einer eisernen Parade zum Stehen — ein kurzer Gruß, — ein flüchtiges Neigen des Hauptes, — und dann versank alles in dem dichten, undurchdringlichen Schleier des strömenden Regens, der die weite Ebene in ein gleichförmiges Grau einhüllte.

IV.

Hart klapperten die Hufe des Pferdes auf der zementtrockenen, staubigen Landstraße, leise knarrte das Lederzeug an Sattel und Gurten, und wenn die Vollblutfuchsstute den Kopf in die Höhe warf, um die Bremsen abzuwehren, flogen weißliche Schaumflocken von der Trense. Es war ein glühheißer Tag gewesen. Über den abgeernteten Feldern flimmerte in zitternden Wellen die erhitzte Luft, aber von dem nahen Forst herüber kam ein linder, kühler Lufthauch, der die Blätter der Pappeln leise erschauern ließ. Das olivgrüne Kartoffelkraut zeigte an einzelnen Stellen schon eine bräunliche Färbung, glitzernde Silberfäden — Altweibersommer — segelten über die Äcker, legten sich wie ein duftiges Gewebe um die Brust des Reiters, und drüben in dem großen Rübenschlag lockte ein Rebhuhn sein versprengtes Volk zusammen: „Sirrr — itt Sirrr — itt!“

Hasso v. Redern ließ das Pferd gehen wie es wollte und blickte nach einem Turmfalken, der, von der Sonne beschienen, rostrot und rüttelnd im Äther stand, als hielte ihn irgendeine geheimnisvolle Macht zwischen Himmel und Erde fest. Nun stieß er plötzlich wie ein Stein zu Boden, erhob sich, eine zappelnde Maus in den gelben Fängen, und strich niedrig über die Weizenstoppeln einem Grenzstein zu, auf dem er seine Beute kröpfte. Ein Flug Enten strich mit metallischem Flügelschlag nach einem stehengebliebenen Haferfeld: „Si — si — si — si — si — si — —“, und eine bläulichweiße Kornweihe gaukelte wie ein ins riesenhafte vergrößerter Schmetterling einem Feldhölzchen zu.

(Fortsetzung folgt.)

fügte sich dem Rahmen ein. Frau Hausmann kopierte eine leise sprechende Wienerin, war sonst jedoch eine ganz niedliche Bühnenerscheinung. Zuletzt noch der Bursche Kanitzki und Berta. Besonders der Bursche eine zum Lächeln reizende Type. Viel Mühe und Arbeit hat dies Stück gekostet; wie immer hat auch diesmal Frau Starke den Hauptanteil des Verdienstes am Gelingen. Das Publikum, im Anfang kühl, zeigte schließlich doch Interesse, und einige Handflächen wurden lebhaft in Tätigkeit gehalten.

rst.

× **Personalnachricht.** Rechtsanwalt Justizrat Lehr in Posen ist wieder zum Notar ernannt worden.

‡ **Polizeiliche Bestimmungen für den Obstverkauf.** Das Starostwo Grodzkie teilt mit: Angesichts der herannahenden Obstverkaufszeit bringen wir § 26 der Polizeiverordnung vom 4. Dezember 1907 über Regelung des Marktverkehrs in Erinnerung, wonach unreifes Obst lediglich zum Einmachen bezw. Einkochen als Kompott verkauft werden, keineswegs aber mit reifem Obst gemischt oder an Kinder verkauft werden darf. Desgleichen darf kein verdorbenes bezw. angefaultes Obst angeboten werden. Zuwiderhandelnde haben nicht nur Beschlagnahme und Vernichtung solchen Obstes, sondern auch Heranziehung zur gerichtlichen Verantwortung wegen Überschreitens des Gesetzes über den Umsatz mit Lebensmitteln zu gewärtigen.

‡ **Merkwürdig, höchst merkwürdig.** Die „Gazeta Poznańska“ brachte in ihrer Nr. 154 einen eine ganze Spalte langen Bericht über eine Versammlung der Kleinkaufleute. Der Hauptpunkt der Beratungen betraf den Zucker. Aus diesem Bericht brachten wir in der Nr. 154 des „Pos. Tagebl.“ einen kurzen Auszug unter dem Titel „Wo bleibt der Zucker?“ Die „Gazeta Poznańska“ erklärt nun in ihrer heutigen Nr. 155: „der Artikel sei ohne ihr Wissen und Willen von einem Angestellten hineinlanziert worden, und sie solidarisiere sich nicht mit dem Artikel.“ Wir nehmen geziemend hiervon Kenntnis, können aber nicht umhin zu bemerken: merkwürdig, höchst merkwürdig. Vielleicht hat irgend ein Astralmensch seine Hände dabei im Spiele gehabt.

‡ **Eine Trauerandacht** fand heute früh 8 Uhr in der St. Martinskirche statt für den heute, 12. Juli, vor einem Jahre erschossenen Chefredakteur des „Kurjer Poznański“ Dr. Bolesław Marchlewski.

× **Verhaftung von Friedhofsdieben.** Auf dem St. Adalbertfriedhofe wurden gestern die beiden Arbeiter Johann Błotny und Ignatz Wilhelm dabei überrascht, als sie Grabgitter zertrümmerten, um die Eisenteile als Alteisen zu verkaufen. Sie wurden festgenommen und sehen jetzt ihrer hoffentlich recht nachdrücklichen Bestrafung entgegen.

× **Diebstahl beim Baden.** Gestern wurde aus einer Badeanstalt an der ul. Dębińska (fr. Eichwaldtor) einem Herrn, während er badete, eine silberne Uhr mit Kette und 50 000 Mk. bares Geld gestohlen. Später wurde dann im Gebiet des 1. Polizeireviers (Große Gerberstr.) eine silberne Uhr mit Kette in einem Gürtel gefunden. Vermutlich handelt es sich um das Eigentum des Bestohlenen, das der Dieb weggeworfen hatte.

× **Diebstahl.** Am Ostrówek 6 wurde gestern aus einer Werkstatt ein 19 Meter langer Treibriemen im Werte von 1½ Millionen Mark gestohlen.

× **Beschlagnahmte Sachen.** Einem Manne wurde eine silberne Herrenuhr mit der Inschrift M. Tyliński abgenommen; sie kann im 2. Polizeikommissariat ul. Wielkie Garbary 27 (fr. Gr. Gerberstr.) besichtigt werden. — Im 3. Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) lagert ein neues Haustelephon.

---

* **Bromberg 11. November.** Der Ausstand der Möbeltischler ist seit Montag beendet, nachdem zwischen den Parteien eine Einigung erzielt worden war. Der Streik hat eine Woche gedauert. — Gestern wurde in der Weichsel unweit Schulitz die Leiche einer etwa 25jährigen Frau gefunden, deren Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Nach dem Befunde liegt Selbstmord oder Unglücksfall, kein Verbrechen vor. Die Frau hatte Mittelgröße, dunkelblondes Haar und war mit einem braunen Mantel bekleidet. Die Leiche muß schon längere Zeit — man nimmt an zwei Monate — im Wasser gelegen haben. Zur Ermittelung der Persönlichkeit der Toten kann es vielleicht beitragen, daß zwei Ohrringe und zwei Mantelknöpfe auf der hiesigen Kriminalpolizei (Zimmer 70) zur Ansicht bereit liegen.

* **Inowrocław, 10. Juli.** Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien“ hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, die nur mäßig besucht war. Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Hinsch-Lachmirowice gedachte des am 18. Juni verstorbenen Mitgliedes Freiherrn von Reitzwitz und Kadersin, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Dir. Wenzel regte an, der Verein möge bei der Versicherungsgesellschaft vorstellig werden, bei Versicherungen in Złoty-Währung als einer wertbeständigen Valuta den ½prozentigen Teuerungszuschlag nicht mehr in Anrechnung zu bringen, da dieser Zuschlag bereits seine Berechtigung verloren habe. Der Verein faßte einen entsprechenden Beschluß. Angesichts der Erntezeit wurde beschlossen, die Augustsitzung ausfallen zu lassen.

□ **Thorn, 11. Juli.** Auf dem hiesigen Flugplatz hat sich am Dienstag ein Fliegerunglück zugetragen, dem Oberleutnant Brzeziński und sein Begleiter zum Opfer gefallen sind. Der Sturz geschah in einem Albatros-Flugzeug und hatte den sofortigen Tod der beiden Insassen zur Folge.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau. 10. Juni.** Mit Rücksicht auf die alles Maß übersteigende Trunksucht in Krakau hat sich, wie der „Przegl. Wiecz.“ erfährt, die Polizeibehörde entschlossen, außer den bereits üblichen hohen Geldstrafen **auch Freiheitsstrafen für Betrunkene** zu verhängen; es wird Gefängnis bis zu zwei Monaten angedroht.

□ **Zakopane, 11. Juli.** Hier hat sich am Dienstag ein Automobilunglück ereignet, das vier Personen das Leben gekostet hat. Einige Personen sind verletzt, darunter befinden sich drei Schwerverletzte. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß die Ursache des Unglücks die unvorsichtige und übermäßig schnelle Fahrt des Chauffeurs und die Überfüllung des Autos war. Der Chauffeur, der flüchten wollte, wurde von der Polizei verhaftet.

Aus Polnisch-Schlesien.

* **Laurahütte, 11. Juli.** In das hiesige Finanzamt wurde ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden in barem Geld 1 538 730 Polenmark und 43 114 368 Reichsmark. Außerdem wurden gestohlen 94 Stück 6prozentige Bons der polnischen Goldwährung à 8000 M. und schließlich noch folgende weitere Bons: 125 Stück à 50 000, 140 Stück à 100 000, 50 Stück à 500 000 und 40 Stück à 1 Million, zusammen weitere 35 250 000 M., so daß der gesamte Raub rund 300 Millionen ausmacht. Einer der Täter ist bereits verhaftet, drei weitere konnten jedoch entkommen. Ihr Verbleib konnte bisher nicht festgestellt werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

M. B. in O. Für die Beantwortung Ihrer Fragen ist von grundsätzlicher Bedeutung, ob nur eine mündliche Verabredung getroffen oder ein notarieller Kaufvertrag geschlossen ist. 1. Im letzteren Falle kann der Verkauf an einen anderen ohne weiteres nicht stattfinden. 2. Die Unkosten müssen ersetzt werden. 3. Die Verabredung der Rückzahlung in Dollar ist gesetzlich unzulässig. 4. Die Anzahlung muß auch zurückgegeben werden. 5. In dieser Frage können wir Ihnen nicht raten

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Die Kaufleute gegen die neuen Devisenvorschriften.** Die Vereinigung Polnischer Kaufleute übersandte dem Finanzminister eine Denkschrift, in der auf die peinlichen Folgen aufmerksam gemacht wird, welche die Einstellung des Devisenverkaufs auf die Handelsbeziehungen der polnischen Kaufleute mit denen des Auslandes haben kann.

≡ **Die „Times“ über die polnische Mark.** Zu den Valutamaßnahmen der polnischen Regierung schreibt die „Times“: Die polnischen Industrie- und Handelskreise sind durch die Entwicklung der Dinge desorientiert und die Geschäfte sind völlig gehemmt. Die Konzentrierung aller Transaktionen mit fremden Devisen in der Devisenkommission der polnischen Landesdarlehnskasse muß, wenn sie beibehalten wird, der Einfuhr aus dem Auslande einen starken Stoß versetzen. Die polnische Regierung bemühte sich früher, die polnische Mark durch Einschränkung der Einfuhr zu retten. Jetzt hat sie sich als Ziel gesetzt, die Einfuhr durch die Kontrolle des Auslandsdevisenhandels einzuschränken. Es fehlt in Polen nicht an bedeutenden Männern, die einsehen, daß diese Politik, ebenso wie die vorhergehende, nicht den Kern der Sache trifft, und daß die wahre Lösung des Problems auf dem Gebiet strenger Sparsamkeit, gesünderer Besteuerung und vergrößerter Produktion für die Ausfuhr andererseits gerade darin liegt, fremde Kapitalien und Valuten zur Teilnahme am polnischen Wirtschaftsleben zu ermuntern. (Dies Urteil ist außerordentlich treffend und zeigt, daß England die Lage rein wirtschaftlich erfaßt hat und betrachtet. Hoffentlich fällt dieses Urteil nicht auf unfruchtbaren Boden. — Die Schriftleitung.)

Von den Banken.

△ **Eine neue Großbank in Polen.** Eine neue große Bank wird in Polen ins Leben gerufen; diesmal mit Hilfe des belgischen, schweizerischen und österreichischen Kapitals. Die Bank, deren konstituierende Versammlung in Krakau stattfand, übernimmt acht in Galizien etablierte Zweigniederlassungen des Wiener Bankvereins und wird nach Erhalt der Bewilligung seitens der Zentralbehörden, die Zentrale in Warschau gründen. Als Gründer treten nebst einigen heimischen Gruppen auch die Société Générale de Belgique, Banque Belge pour l'Etranger Brüssel, Baseler Handelsbank auf. Im Aufsichtsrat befinden sich u. a. der ehemalige Minister Steslowicz, Baron Popper-Artberg. Die Leitung der Bank übernimmt der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Fajand.

Industrie.

⊙ **Der Beschäftigungsgrad der polnischen Industrie im Mai.** Laut den Angaben des Statistischen Hauptamtes betrug die Erhöhung der Löhne für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter für Mai, im Vergleich zum April 2,5 Prozent. Die Statistik umfaßte 3087 Unternehmen, in denen im April 357 726 und im Mai 385 153 Arbeiter beschäftigt waren. Eine Vergrößerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter wiesen folgende Zweige der Industrie auf: die Holzindustrie um 7,8 Prozent, die Bauindustrie um 7,2 Proz., die Mineralindustrie um 6,4 Proz., die Lebensmittelindustrie um 5 Proz., Bekleidungsindustrie um 3,5 Proz., Gerberindustrie um 1,9 Proz., Bergwerksindustrie um 1,8 Proz., Textilindustrie um 1,6 Proz., Metallindustrie um 1 Proz. und Maschinenindustrie um 0,5 Proz. Hingegen wiesen folgende Zweige der Industrie eine Verminderung der Arbeiterzahl auf: die graphische um 0,4 Proz., die chemische Industrie um 0,5 Proz. und die Papierindustrie um 1,7 Proz. Die Produktion wurde in 234 Unternehmen vergrößert und in 382 verringert. In 259 Unternehmen wurde ein guter Stand der Aufträge, in 1200 ein mittelmäßiger und in 937 ein schlechter verzeichnet.

⊙ **Vereinigte Portlandzement und Kalkwerke Schimischow, Silesia und Frauendorf A.-G. in Oppeln.** Aus Kreisen der Verwaltung wird die bereits zu verschiedenen Malen abgegebene Erklärung wiederholt, daß irgendwelche Veränderungen an den Rechten der Vorzugsaktien nicht geplant sind, auch nicht eine Umwandlung in Stammaktien. Es wird darauf hingewiesen, daß nach der neuesten Statutenänderung für irgendwelche Erweiterung der Rechte der Vorzugsaktien der einstimmige Beschluß einer Generalversammlung notwendig wäre, der aber vollkommen ausgeschlossen erscheint.

⊙ **Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G., Hindenburg.** Die Gesellschaft hat ein sehr lebhaftes Kohlengeschäft. Die Ansprüche von Industrie und Landwirtschaft sind außerordentlich gestiegen. Die Kokereien werden den Anforderungen der Verbraucher, soweit als nur dringend möglich, gerecht, wenn nicht Transportschwierigkeiten den Versand behindern. Die Verfrachtung auf dem Bahn- und Wasserwege wird in dem bisherigen Maßstabe weiter vorgenommen werden. Der Koksabsatz nach dem angrenzenden Auslande nimmt zu. Hierzu tragen der gesunkene Markwert und die dadurch hervorgerufene Verbilligung der Bezüge für die ausländischen Verbraucher bei. Die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei hat sich verstärkt. Auch nach Deutsch-Österreich ist oberschlesischer Koks in größeren Mengen verladen worden. Der Bedarf Polens an Koks wird jetzt in erheblich stärkerem Maße als früher aus Oberschlesien gedeckt. Die kongreßpolnischen Hütten sind nach wie vor rege Verbraucher. Auch die übrige polnische Industrie versucht nach Möglichkeit oberschlesischen Koks zu erhalten. Die Ausfuhr nach den Nordstaaten (Dänemark, Schweden usw.) wird, um ausländische Devisen hereinzubekommen, im Auge behalten. Auch der Koksbedarf der Schweiz wird, soweit er hervortritt, gedeckt. Die Nachfrage nach den Nebenprodukten der Koksindustrie ist anhaltend rege, insbesondere gilt das für schwefelsaures Ammoniak und für Benzol. Damit die Landwirtschaft die dringend nötigen Mengen rechtzeitig zugeführt erhält, wird die Produktion von Ammoniak nach Kräften auf der Höhe gehalten. Als Motorenbetriebsstoff wird Benzol ständig lebhaft abgerufen. Pech und präparierter Teer finden ebenfalls guten Absatz. Auch die Ölabrufe sind befriedigend. In Rohanthracen war der Absatz nicht gleichmäßig. Das Geschäft in Naphthalin für Warmpreßgut belebt sich wieder. Es ist zu erwarten, daß der Geschäftsgang sich noch weiter beleben wird, wenn die Transportverhältnisse im Laufe der nächsten Monate sich einigermaßen befriedigend gestalten werden.

Von den Märkten.

Vom Lucker Holzmarkt. In den Forstzentren von Wolhynien wurden Holzmaterialien loko Waggon und Verladestation zu folgenden Preisen in Tausenden Mark angeboten: Eichenklötze mittl. Gattung in ganzen Längen mit kleinen Knorren ca. 400 bei großem Angebot, Exportklötze für Tischlereien, gerade und glatt, 750—800, Fournierklötze ohne Knorren, dünn, Weichholz, schwankte infolge größeren Bedarfs für die Ausfuhr um 50 Schilling. Nach Fourniermaterial fragten in letzter Zeit größere Importfirmen Frankreichs, Englands und Hollands. Telegraphenstangen aus Eiche im Normalausmaß, Exportgattung, 380—420; Kiefernlangholz, diesjähriger Schnitt, gesundes Material in ganzen Längen, 270—280. Telegraphenstangen aus Kiefernholz, in verschiedenen Längen von 8 Mtr. aufwärts 260—280; Eichenbretter für Tischlereien, beschnitten, ausgewähltes Stammaterial für den Export, 1300, 1350 und mehr; gewöhnliche Eichenbretter aller laufenden Ausmaße II. Kl. 640—680; Ausfuhr-Kiefernbalken „deals“ und „battens“, 800—880; Kiefernbretter für Tischlereien, nicht beschnitten, Inlandsausmaß, 580—630, für Zimmerleute beschnitten, 420—440; Halbzollbretter für Zimmerleute 500—520; Ulmen- und Rüsterklötze 480—500; Ahornklötze 500—540; Erlenklötze 320—340; Eschenklötze 520—540; Weißbuchenklötze 420—430; Birkenklötze 260—270. Die Nachfrage nach Laubholzklötzen ist verhältnismäßig gering mit Ausnahme der Erle, die von Fabriken in Deutschland gesucht wird, und von Esche und Ahorn für Aroplane bei verhältnismäßig günstigen Preisen. Eichenschwellen 65—70, Kiefernschwellen 46—48, Sleepers 90—95 das Stück. Trockene Brennscheite (gemischt) 1300—1400 pro Zehntonnenwaggon.

Vom Krakauer Papiermarkt. Papier österreichischer und tschechischer Herkunft, verzollt und versichert pro Kilo loko Krakau: Schreibpapier 1. Kl. (holzfrei) 20 000, mittlere Gattung (fast holzfrei) 14 000, satiniertes Druckpapier 9200, nichtsatiniert 7000, Buchpapier 24 000, Konzeptpapier 9200, Anschlagspapier 12 600, farbiges Umschlagpapier 12 400, Briefpapier 16 700, Löschpapier in Rollen die Rolle zu 4800, Seidenpapier pro Ries 148 000, Zeitungspapier 7000, Rotationspapier 6800, graues Packpapier (Inlandsware) 6200, braunes Packpapier 6800, Alabasterpapier 25 000, Tektur 4800. Die Umsätze in Papier sind schwach, da die hohen Preise die Käufer zurückhalten. Die Zufuhr an deutschem Papier hat ganz aufgehört, da das Papier früher für deutsche Mark angekauft wurde, während jetzt die Preise in Dollar kalkuliert sind, so daß sich die Einfuhr nach Polen nicht lohnt. Der Papierzoll ist vom 21. Juni ab um 97 Prozent erhöht worden. Nur für Zeitungs- und Rotationspapier, Konzeptpapier mittlerer Gattung, satiniert und nichtsatiniert sind die früheren ermäßigten Zollsätze beibehalten worden.

Bleistifte notierten in Krakau: Hartmuth, Koh-i-Noor 1500, 1561—980 000 für das Gros, Mephisto mittel 73 B 450 000, Viktoria 225 000, Dessin Nr. 10016 — 165 000, Kopierstifte 196 000.

Metalle. In Berlin findet vorläufig keine Notierung statt, da die unnormalen Verhältnisse auf dem Devisenmarkt den Handel unmöglich machen.

Börse.

≑ **Die polnische Reichsbank** zahlte für Gold: Rubel 53 505, deutsche Mark 24 775, österr. Kronen 21 070, Dollar 104 025, Pfund Sterling 506 175, türk. Pfund 456 240, holländische Gulden 41 803, schwedische Kronen 27 872, österr. Dukaten 237 935, belgische und holländische Dukaten 237 385, 1 Gramm Feingold 69 128. M. Für Silber: Rubel 37 440, deutsche Mark 10 400, österr. Kronen 8680, Dollar 50 040, Schilling 10 875, schwedische Krone 12 480 holländ. Gulden 19 655, österr. Gulden 23 105, 1 Gramm Silber 2080 M.

Kurse der Posener Börse.

	12. Juli	11. Juli
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	11 000—13 000	10 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	14 500—16 000	12 000—13 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	34 000	32 000—33 000
Bank Poznański I.—II. Em.	4500	—.—
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	14 000—15 000	13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	3500—3800	3200—3350
Bank Młynarzy	2200	2000
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	19 000	18 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	25 000—24 500	25 000—24 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	5500—5700	5000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	100 000	95 000—100 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	10 000—11 000	9000
H. Cegielski I.—IX.	9000—9600	8000—8700
Centrala Rolników I.—VI. Em.	3400	—,—
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	17 000—17 500	14 000—15 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	—,—	200 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. (ohne Bezugsr.)	9000	6500—7000
Goplana I.—II. Em.	32 000—36 000	23 000—29 000
C. Hartwig I.—V. Em.	7000—7500	6000—6500
Hartwig Kantorowicz I. Em.	80 000	80 000—78 000—80 000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	2400—2500	2400-2500-2200
Hurtownia Skór I.—III. Em.	9500	7000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	45 000—50 000	30 000—40 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	9000	9000
Iskra I.—III. Em.	50 000	48 000
Juno I. Em.	9000	—,—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	530 000	500 000-520 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	220 000	230 000-220 000
Pneumatik	6000-10000-8500	4200—5000
Młyn Ziemiański I. Em.	27 000—28 000	25 000—26 000
S. Pendowski I. Em.	13 000	13 000
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	10 000	7000—8000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	12 000—14 000	10 000
Patria I.—VIII. Em.	15 000	14 000—15 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	30 000—26 000	28 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	45 000	40 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	45 000	45 000
Sarmatia I.—II. Em.	—.—	14 000—18 000
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	28 000—29 000
Tri I.—III. Em.	14 000—15 000	13 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	70 000—65 000	60 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	20 000	17 000—17 500
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	85 000—80 000	70 000—75 000
Włókno I.—IV. Em.	—,—	4500
Wytwórnia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	6000-8000-7500	4500—5000
Wyroby Ceramiczne I. Em.	40 000	40 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	38 000—40 000	38 000

In dem Kursbericht vom 11. Juli muß es bei Włókno „4500“ statt „45 000“ heißen.

Warschauer Vorbörse vom 12. Juli.

Deutsche Mark in Warschau	0,53
Dollar in Warschau	110 000
Englische Pfund in Warschau	507 500
Schweizer Franken	18 950
Französischer Franken in Warschau	6500

Warschauer Börse vom 11. Juli.

Devisen:

Belgien	5375	Paris	6500
Berlin	0.54	Prag	3360
Danzig	0.54	Schweiz	18 950
London	507 500	Wien	1.4[illegible]
Neuyork	111 000	Italien	47[illegible]

Danziger Mittagskurse vom 12. Juli.

Die polnische Mark in Danzig	175
Der Dollar in Danzig	220 000

Berliner Börsenbericht

vom 11. Juli.

Disk.-Komm.-Anleihe	905 000.—	Polnische Noten	137.50
Danz. Priv.-Aktienbank	350 000.—	Auszahlung Holland	73 000.—
Hartmann Masch.-Akt.	625 000.—	„ London	860 000.—
Phönix	2 150 000.—	„ Neuyork	187 000.—
Schuckert	2 800 000.—	„ Paris	11 160.—
Hapag	1 750 000.—	„ Schweiz	32 600.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente	—.—
Auszahlung Warschau	157.50		

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt). Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.